



Brent Spar und die Folgen

Zehn Jahre danach

GREENPEACE

Kaum eine Greenpeace-Kampagne hat so viel Aufsehen erregt und so viele Menschen mobilisiert wie der Protest 1995 gegen die Versenkung der Plattform Brent Spar: Zu Beginn erkletterten Aktivisten den 40 Meter hohen Stahlkoloss in der Nordsee, dann folgen 52 aufregende Tage der Auseinandersetzung – schließlich gibt Shell auf. Die Brent Spar wird an Land entsorgt. Doch erst 1998 erreicht die Kampagne ihr wirkliches Ziel: Die Anrainerstaaten des Nordost-Atlantiks beschließen, dass in der Meeresregion keine stillgelegten Plattformen versenkt werden dürfen.



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	S. 4
Multis, Macht und Moral Die Verantwortung der Ölindustrie.....	S. 6
Industriegebiet Nordsee	S.10
Chronik der Kampagne gegen die Versenkung von Plattformen	S.16
Der lange Weg der Brent Spar	S.24
Brent Spar als Geschichte und Gegenwart Zur sozialen Brisanz der Auseinandersetzung	S.25
Die Legitimität von Greenpeace-Kampagnen	S.30
Glaubwürdigkeit – wichtigstes Kapital einer NGO	S.34



Die Welt, 25.07.1998

Versenkungsverbot für Ölplattformen

Europäische Umweltschützer einigen sich auf weitgehenden Schutz der Meere - Auch für radioaktive Einleitungen sollen stark verringert werden

23. Juli. Nach einem Verbot, das am Donnerstag von 23 europäischen Umweltschützern auf einer Konferenz in Brüssel beschlossen wurde, ist die Versenkung von Ölplattformen in die Meere ab dem Jahr 2003 auf einen erheblichen Wert „nahe null“ sinkt.

Die vollständige Entloftung aller Öl-Plattformen ist ein Ziel, das sich im Jahr 2003 erreichen soll. Die Versenkung von Plattformen in die Meere ist ab dem Jahr 2003 auf einen Wert „nahe null“ sinkt.

Die vollständige Entloftung aller Öl-Plattformen ist ein Ziel, das sich im Jahr 2003 erreichen soll. Die Versenkung von Plattformen in die Meere ist ab dem Jahr 2003 auf einen Wert „nahe null“ sinkt.

Die vollständige Entloftung aller Öl-Plattformen ist ein Ziel, das sich im Jahr 2003 erreichen soll. Die Versenkung von Plattformen in die Meere ist ab dem Jahr 2003 auf einen Wert „nahe null“ sinkt.

Die vollständige Entloftung aller Öl-Plattformen ist ein Ziel, das sich im Jahr 2003 erreichen soll. Die Versenkung von Plattformen in die Meere ist ab dem Jahr 2003 auf einen Wert „nahe null“ sinkt.

Die vollständige Entloftung aller Öl-Plattformen ist ein Ziel, das sich im Jahr 2003 erreichen soll. Die Versenkung von Plattformen in die Meere ist ab dem Jahr 2003 auf einen Wert „nahe null“ sinkt.

FAZ, 27.07.1998

Erfolg für die Umwelt

Von Joachim Müller-Jung

Es ist noch nicht lange her, daß England ernsthaft plante, drei Depo- nien für radioaktive Abfälle im Ozean zu errichten. Die Entsorgung des stahlernen Mülls im Meer war da- mals nicht nur für Großbritannien eine Selbstverständlichkeit, auch Bel- gien und die Schweiz versenkten einen Teil ihrer radioaktiven Abfälle im

schwimmend in den Meeren nicht von ausgedienten, genutzten Ölplattfor- men, sondern von den funktionieren- den Anlagen ausgeht. Über die öko- logischen Abwässer und Bohrchemikalien, die beim Betrieb vor allem vieler briti- scher Plattformen ins Wasser geleitet werden, muß noch gesprochen wer- den. Ebenso wenig hat man sich mit der wohl drängendsten Frage beschäf- tigt: wie die Anreicherung von Nähr- stoffen und Substanzen im Ozean ein- zuordnen ist, die zum größten Teil aus diffusen Quellen - Verkehr und Landwirtschaft - stammen. Die Ge- fahr der Eutrophierung, eines biologi- schen Kollapses, ist in den vergange- ren Jahren vor allem in der Nordsee gewachsen. Viele Stoffe werden über die Flüsse, der größte Teil aber über die Luft ins Meer eingetragen. Dazu wird man sich noch einiges einfallen lassen müssen. Ein klares Bild hat man hingegen von der radiologischen Situation im

UMWELTSCHUTZ / Osear-Konferenz verbietet Versenkung von Ölplattformen

Europäer wollen Müllkippen im Meer schließen

BRUXELLEN, Donnerstag, 23.7.98. Die Osear-Konferenz über die Ver- sorgung radioaktiver Einleitungen in die Meere hat am Donnerstag in Brüssel einen weitgehenden Schutz der Meere beschlossen. Die Konferenz hat am Donnerstag in Brüssel beschlossen, die Versenkung von Ölplattformen in die Meere ab dem Jahr 2003 auf einen erheblichen Wert „nahe null“ sinkt.

Die vollständige Entloftung aller Öl-Plattformen ist ein Ziel, das sich im Jahr 2003 erreichen soll. Die Versenkung von Plattformen in die Meere ist ab dem Jahr 2003 auf einen Wert „nahe null“ sinkt.

Die vollständige Entloftung aller Öl-Plattformen ist ein Ziel, das sich im Jahr 2003 erreichen soll. Die Versenkung von Plattformen in die Meere ist ab dem Jahr 2003 auf einen Wert „nahe null“ sinkt.

Die vollständige Entloftung aller Öl-Plattformen ist ein Ziel, das sich im Jahr 2003 erreichen soll. Die Versenkung von Plattformen in die Meere ist ab dem Jahr 2003 auf einen Wert „nahe null“ sinkt.

Handelsblatt, 24.07.1998

Überraschende Einigung europäischer Umweltschützer in Portugal

Ölplattformen dürfen nicht mehr versenkt werden

Entsorgung von Bohrflüssigkeiten künftig nur noch an Land erlaubt / 29 besonders große Plattformen ausgenommen / Radioaktive Einleitungen in die Meere müssen drastisch reduziert werden / Umweltschützer: Großler Erfolg

BRUXELLEN, 23. Juli. Die Umweltschützer haben sich in Brüssel auf einen weitgehenden Schutz der Meere geeinigt. Die Konferenz hat am Donnerstag in Brüssel beschlossen, die Versenkung von Ölplattformen in die Meere ab dem Jahr 2003 auf einen erheblichen Wert „nahe null“ sinkt.

Die vollständige Entloftung aller Öl-Plattformen ist ein Ziel, das sich im Jahr 2003 erreichen soll. Die Versenkung von Plattformen in die Meere ist ab dem Jahr 2003 auf einen Wert „nahe null“ sinkt.

Süddeutsche Zeitung, 24.07.1998

Künftig weniger radioaktiver Müll in die Meere Weitgehendes Versenkungsverbot für Ölplattformen

Fünfzehn europäische Länder einigen sich / Auch Frankreich und Großbritannien machen mit

BRUNNEN, 23. Juli. Auf einer Kon- ferenz der Osear-Konferenz zum Schutz des Nordatlantiks (Osear) haben sich die Umweltschützer auf ein Minde- rung radioaktiver Einleitungen in die Meere und auf ein weitgehendes Versenkungs- verbot für Ölplattformen geeinigt. Die fünfzehn europäischen Länder haben sich am Donnerstag in St. Pauli (Portugal) nach zwei Tagen Verhandlungen darauf geeinigt, die radioaktiven Einleitun- gen in die Meere ab dem Jahr 2003 auf einen Wert „nahe null“ sinkt.

Die vollständige Entloftung aller Öl-Plattformen ist ein Ziel, das sich im Jahr 2003 erreichen soll. Die Versenkung von Plattformen in die Meere ist ab dem Jahr 2003 auf einen Wert „nahe null“ sinkt.

Die vollständige Entloftung aller Öl-Plattformen ist ein Ziel, das sich im Jahr 2003 erreichen soll. Die Versenkung von Plattformen in die Meere ist ab dem Jahr 2003 auf einen Wert „nahe null“ sinkt.

FAZ, 24.07.1998

Vorwort

*Brigitte Behrens,
Geschäftsführerin von Greenpeace*

Brent Spar – ein gelb-rotes Stahlungetüm in der Nordsee, Schlauchboote auf hohen Wellenkämmen, Fontänen aus Wasserkanonen, die Greenpeace-Aktivisten erwischt werden sollen, darüber Helikopter – das ist zehn Jahre her und doch erinnert sich heute fast jeder daran. Das ist das Besondere an der Kampagne gegen die Versenkung der ausgemusterten Ölverlade-Plattform Brent Spar.

Keine andere Kampagne hat so viele Menschen erreicht, überzeugt und zum Mitmachen bewegt. Nicht nur das: Erstmals gelang es Verbrauchern in Deutschland, mit dem Ölmulti Shell einen Konzern dazu zu bringen, seine Arroganz gegenüber dem öffentlichen Interesse aufzugeben und seine Verantwortung für die Umwelt wahrzunehmen: Viele Autofahrer fuhren einfach nicht mehr zu den Tankstellen des Ölmultis. Sie protestierten dagegen, dass die Industrie ihren Müll einfach im Meer loswerden wollte. Shell gab nach 52 Tagen des Protestes seinen Plan auf, die Brent Spar als erste Plattform im Nordost-Atlantik zu versenken.

Doch es ging nicht nur um diese verrostete Plattform, es ging damals um insgesamt 400 Stahlkolosse in der Nordsee. Der Brent Spar

sollten hunderte Plattformen auf den Grund der Tiefsee folgen. Das Scheitern des ersten Versuches war ein Signal – 1998 beschlossen die Anrainerstaaten des Nordost-Atlantiks nach zähen Verhandlungen, dass in dieser Seeregion keine der ausgedienten Anlagen versenkt werden darf. Damit hatte Greenpeace die Kampagne erfolgreich beendet. Etwa 30 Installationen wurden seit der Brent Spar an Land entsorgt. Die Branche rechnet damit, dass der Boom der Landentsorgung erst 2008 richtig beginnt.

In diesem Heft betrachten mehrere Autoren die Bedeutung der Kampagne aus heutiger Sicht. Greenpeace interessiert dabei in erster Linie, wie es um die Nordsee steht. Nehmen die Ölkonzerne die von ihnen so oft postulierte Verantwortung tatsächlich wahr? Es wird dabei niemanden überraschen, dass es um die Nordsee wie um andere Ölförderregionen nicht gut steht.

Die Kampagne war nicht nur für den Schutz der Meere relevant, sie erreichte auch eine gesellschaftliche Brisanz, wie sie Greenpeace noch nie zuvor erlebt hatte. Dabei spielte neben den Verbraucherprotesten eine wesentliche Rolle, dass die Medien über



Wochen erstaunlich prominent über die Auseinandersetzung berichteten und Politiker aller Parteien sich gegen die Versenkung der Brent Spar aussprachen.

Wichtig ist zudem die Diskussion um die Legitimität von Greenpeace-Kampagnen, die nach dem Konflikt um die Brent Spar erheblich zunahm. Wofür werden Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace gebraucht, was leisten sie, was sollten sie in der Demokratie dürfen, wo sind ihre Grenzen? Die Überlegungen hierzu sind gerade heute bedeutsam, da uns berechtigte Proteste gegen Umweltzerstörung, umweltschädliche Entscheidungen und Verbrauchernachteile oft als Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung und daher als nicht legitim verkauft werden sollen.

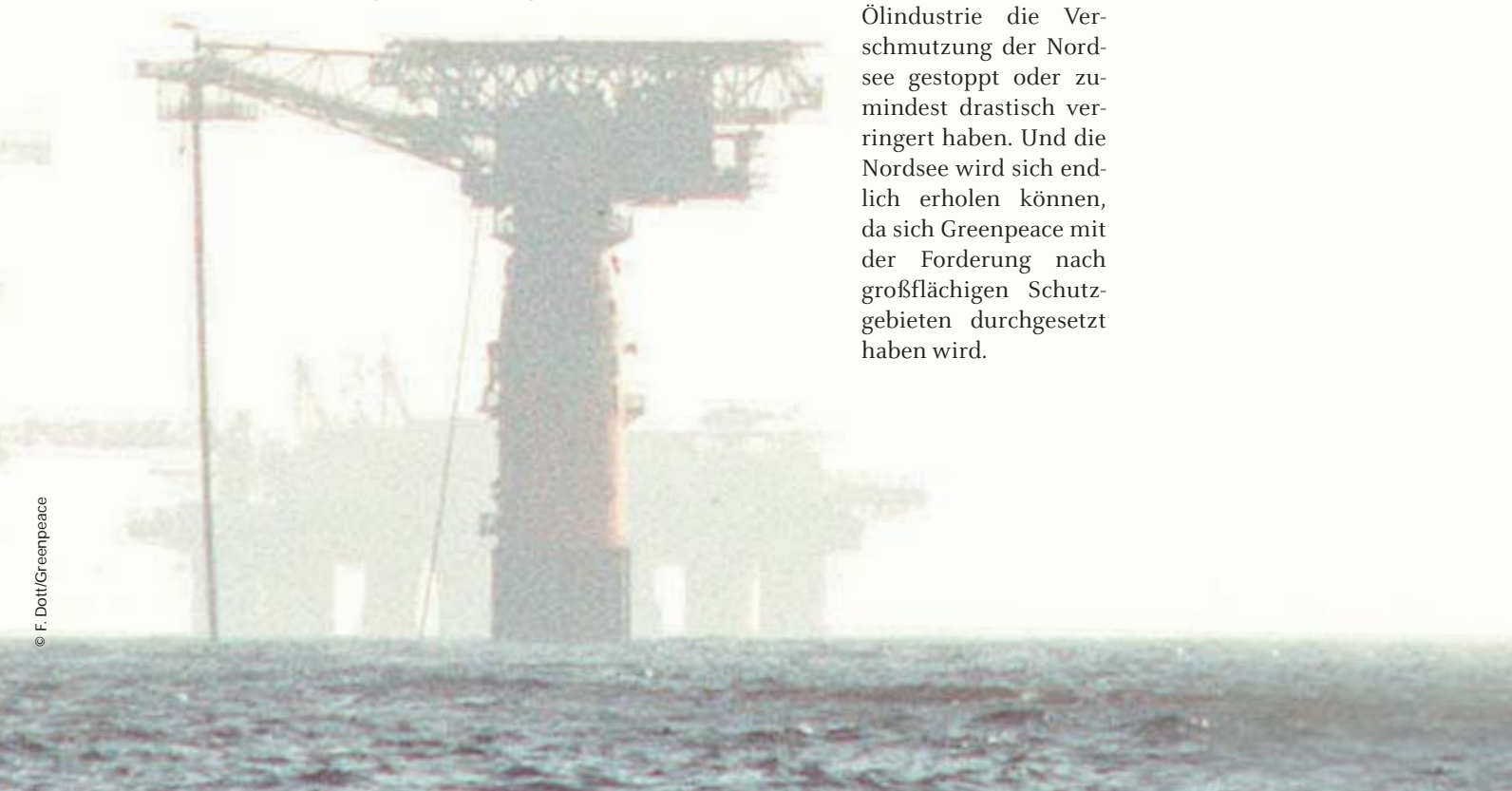
Schließlich wird auch von Glaubwürdigkeit die Rede sein – sie ist nach wie vor das wichtigste Kapital von Greenpeace. Ohne Glaubwürdigkeit hätten wir während der Brent Spar-Kampagne niemanden überzeugt oder motiviert, sich zu engagieren. Und wir könnten es heute auch nicht.

Daher gilt es festzustellen, wie der Messfehler am Ende der Brent Spar-Kampagne die eigene Glaubwürdigkeit gefährdet hat. Und an dieser Stelle will ich gleich den oft gehör-

ten Vorwurf beseitigen, Greenpeace hätte die Kampagne auf falschen Zahlen über die Belastung der Plattform mit Ölresten aufgebaut. Das ist falsch. Greenpeace hat von Anfang an mit korrekten Zahlen gearbeitet, die aus Shell-Dokumenten stammten. Erst am Ende der Kampagne, vier Tage vor der Aufgabe der Versenkungspläne, gab Greenpeace eine Schätzung heraus, die sich als falsch erwies. Für die öffentliche Auseinandersetzung spielte das keine Rolle mehr. Als wir unseren Fehler erkannten, entschuldigte sich Greenpeace öffentlich und machte dadurch selbst erst darauf aufmerksam. Wir haben daraus gelernt: Bei Greenpeace-Untersuchungen müssen nun immer zwei voneinander unabhängige Labors die Ergebnisse prüfen, bevor sie veröffentlicht werden.

Aber was wir vor allem wieder gelernt haben: Erst die Konfrontation führt zu Erfolgen für den Schutz der Umwelt. Und wenn wir in zehn Jahren wieder die Folgen der Brent Spar-Kampagne von 1995 begutachten sollten, dann will ich über weitere Erfolge berichten können: Über hundert Plattformen werden an Land demontiert sein. Parallel zu ihrer Entsorgung entstehen vor den Küsten Offshore-Windparks, die in Zukunft Energie umweltfreundlich liefern. Zudem wird die

Ölindustrie die Verschmutzung der Nordsee gestoppt oder zumindest drastisch verringert haben. Und die Nordsee wird sich endlich erholen können, da sich Greenpeace mit der Forderung nach großflächigen Schutzgebieten durchgesetzt haben wird.



Multis, Macht und Moral

Die Verantwortung der Ölindustrie

Karsten Smid, Kampagner bei Greenpeace für Öl und Klima

Öl ist ein Geschäft in einem schmierigen Umfeld. Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen, regionale Konflikte: Immer wieder gerät die Ölindustrie in die Kritik. Bei der Brent Spar musste der Weltkonzern Shell seine arrogante Haltung gegenüber der öffentlichen Meinung aufgeben und die geplante Versenkung absagen. Zumindest in diesem Fall musste er lernen, was seine Verantwortung war. Doch wie sieht es in den anderen Fällen aus?

Wie steht es um die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen der Ölbranche, der so oft beschworenen „Corporate Social Responsibility“?

Die Ölmultis sollten ihre Unternehmen sozial und ökologisch verantwortungsvoll führen. Einerseits haben sie eine direkte Verantwortung, die sich unmittelbar den Konzernen zurechnen lässt, eine Art Rechenschaftspflicht (Accountability). Andererseits reicht ihre Verantwortung wesentlich weiter und verpflichtet zu einer Mitverantwortung gegenüber Gesellschaft und Umwelt (Responsibility). Ob sie wollen oder nicht: In einer globalisierten Welt machen die Ölmultis auch Politik.

Auch bei der Auseinandersetzung um die Brent Spar ging es um das Prinzip „Verantwortung“. Die Brent Spar war die erste Ölplattform, hunderte weitere sollten wie sie versenkt werden. Greenpeace machte den Konsortiumsführer Shell verantwortlich, er hatte die Entscheidung zur Versenkung getroffen. Der Ölkonzern Esso, der die andere Anteilshälfte an der Ölplattform hielt, versteckte sich hinter Shell.

Steht die Offshore-Industrie vor neuen technischen Herausforderungen, um Ölvorkommen auszubeuten, z.B. in immer tieferen Gewässern oder in schwer zugänglichen Regionen wie der Arktis, so setzt sie alles daran, diese zu meistern und präsentiert sich als „High-Tech-Branche“. Wenn es aber darum geht, den Industrieschrott hinterher wieder zu entsorgen, findet sie stets eine Entschuldigung und gibt vor, technisch nicht dazu in der Lage zu sein. Entweder ist die Entsorgung technisch unlösbar oder – trotz MilliardenGewinnen – ökonomisch unzumutbar.

Bei diesem Widerspruch stellt sich die Glaubwürdigkeitsfrage. Ein Unternehmen muss Verantwortung im Kerngeschäft zeigen. Ein Ölkonzern ist für sein Produkt und für seine Herstellung verantwortlich, also auch für die Förderbedingungen, den Tankertransport, die Raffinerien und die Treibhausgase, die von seinem Produkt ausgehen. Die Ölmultis geben viel Geld aus, um in der Gesellschaft positiv dazustehen. Und natürlich ist gegen spendable Almosen für Reservate des sibirischen Tigers nichts einzuwenden, die Esso großzügig verteilt, weil es sich um das Wappentier des Ölkonzerns handelt.¹ Aber sie dürfen nicht die Verantwortung für das eigentliche Geschäftsfeld ersetzen. Was nutzen hochtrabende Nachhaltigkeitsdialoge, wenn in den Fördergebieten marode Ölpipelines Land und Wasser verseuchen? Wie weit gesellschaftliche Verantwortung und tägliche Praxis auseinander klaffen, zeigen folgende Beispiele.

Esso und der Klimaschutz

Esso leugnet bis heute hartnäckig den wissenschaftlich belegten Zusammenhang zwischen Kohlendioxid-Emissionen und Klimawandel. Der Konzern investiert gigantische Summen in neue Erdöl- und Erdgasprojekte, statt klimafreundliche Erneuerbare Energien wie Wind- und Sonnenenergie auszubauen. Mit Lobby-Arbeit hinter den Kulissen sorgt der Konzern dafür, dass politische Entscheidungen zum Schutz des Klimas aufgeschoben oder verwässert werden.

Raffinerien (hier in Sachsen-Anhalt) verarbeiten das Öl, das bei der Förderung die russische Natur verschmutzt.



¹) Makabres Detail: Der sibirische Tiger ist zunehmend vom Klimawandel bedroht, den Esso systematisch leugnet.

Total in Westsibirien

Total ist Hauptabnehmer russischen Rohöls für den deutschen Markt. In der deutschen Raffinerie in Leuna blitzen die blanken Rohre, am anderen Ende der Ölpipeline in Westsibirien herrscht dagegen das blanke Elend. Die Böden sind in Folge der Ölförderung großflächig verseucht, die Einheimischen müssen öliges Wasser trinken und verölten Fisch essen.

Shell und Nigeria

In den letzten vier Jahrzehnten gab es im Niger-Delta tausende Öllecks. Die Böden, Felder und Gewässer im Niger-Delta sind ölverseucht. Allein Shell wird für das Auslaufen von über 1,6 Millionen Barrel Öl zwischen 1982 und 1992 verantwortlich gemacht². Zusätzlich verbrennt Shell seit Jahrzehnten das bei der Ölförderung frei werdende Gas. Für etwa Dreiviertel des in der Ogoni-Region verbrannten Gases ist Shell verantwortlich. Durch das so genannte Gasabfackeln wird die Luft dermaßen verunreinigt, dass sich nach Regenfällen Rußschlieren über Pflanzen und Häuser ziehen. Der saure Regen verschmutzt nicht nur die Vegetation, sondern auch die

Flüsse. Das Regenwasser kann nicht mehr als Trinkwasser verwendet werden. Darüber hinaus steigt durch die permanent brennenden, etwa zehn Meter hohen Flammen die Temperatur um bis zu zehn Grad. Pflanzen sterben. In den umliegenden Dörfern wird es nie dunkel. Die Menschen können nicht fliehen, da die Ogoni-Region dicht besiedelt ist. Der Ölreichtum der Region ist zu einem Fluch geworden, den der Shell-Konzern durch sein Verhalten weiter verschärft³.

Für Ölkonzerne zählen Profite, Opfer sind die Menschen, die dort leben. Die Unterdrückung des friedlichen Widerstands der Ogoni in Nigeria gipfelte 1995 in der Hinrichtung des nigerianischen Schriftstellers und Menschenrechtlers Ken Saro-Wiwa. Fast zehn Jahre später ist das einstige Fördergebiet von Shell verlassen. Den Industrieschrott und die verseuchten Böden hat der Konzern bei seinem Abschied einfach zurückgelassen. Bis heute.

Angekratztes Markenimage

Nicht zuletzt infolge von Brent Spar spielen Image und Marke eines Unternehmens eine wichtige Rolle für die Konsumenten. Unter-

Greenpeace zieht Esso in die Verantwortung, etwas für das Klima zu tun: **1** mit Projektion auf ein Tanklager, **2** mit Aufrufen an Tankstellen.

²) Cutter Information Corporation, Die Zeit, 17.11.1995.

³) Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2005, Transnationale Konzerne im Bürgerkrieg, F.Heiduk, D.Kramer





1



2

Greenpeace-Proteste gegen den Ölmulti TotalFinaElf, der zur sibirischen Umweltverseuchung beiträgt, 1 mit Demonstration in der Konzernzentrale, 2 mit einer Aktion gegen Tanklastwagen.

nehmensführungen fürchten nichts so sehr wie medienwirksame Vorwürfe gegen ihre Unternehmenspolitik und den damit verbundenen Imageverlust. Denn das Produkt an der Zapfsäule unterscheidet sich von anderen allein durch das Markenimage.

Konzerne betreiben deshalb „Greenwashing“⁴: Sie geben sich nach außen ökologisch und sozial. Die tatsächliche Firmenpolitik entspricht aber oft dem Gegenteil: Teilweise wird mehr Geld in die Werbung für Umweltfreundlichkeit investiert als in konkrete Maßnahmen zum Umweltschutz – nur um von Kritik abzulenken. Die Konzerne leugnen zwar nicht länger ihre Schuld an der Umweltzerstörung, geben Fehler zu und beschreiben ihre Probleme. Dadurch meinen sie allen Ernstes, sich als Vorzeigeunternehmen für Corporate Social Responsibility (CSR) auszuzeichnen.

Gerne werden auch Umwelt- und Sozialprojekte im Rahmen der UN-Initiative „Global Compact“ von UN-Generalsekretär Kofi Annan vorgezeigt. Doch solange sich das Ver-

halten der Konzerne in Bezug auf die Umwelt nicht im Kern ändert, bleiben dies Alibi-Projekte, mit denen umweltpolitische Augenschere betrieben wird. Für solch unverfrorenes Ausnutzen der UN für eigene PR-Interessen hat sich bereits die Bezeichnung „Bluewash“⁵ herausgebildet. Das seriöse Anliegen der UN wird so diskreditiert.

Ein Konzern wird diesen Widerspruch auch mit einer noch so guten Kommunikationsabteilung nicht in den Griff bekommen, wenn sich die Geschäftsführung nicht wandelt. Nachhaltigkeitsdialoge, Stakeholder-Foren und freiwillige Selbstverpflichtungen sind PR-Nummern, solange sich in der Substanz nichts ändert. Leider gilt allzu oft: Je ausgefeilter und teurer der CSR-Report, desto schlimmer das Sündenregister. Der Begriff „Verantwortung“ wird ausgehöhlt und als Feigenblatt missbraucht.

Shell schreibt in einer firmeneigenen Dokumentation zu Nigeria: „Zweifelloso hat Shell in der Vergangenheit in Nigeria auch Fehler gemacht; auch solche, die mit der Ölförderung in Zusammenhang stehen und zu einer Belastung der Umwelt geführt haben. Shell bekennt sich hierzu und trägt die Verantwortung.“⁶ Wie hohl klingt das, wenn

4) Greenwash – kommt von engl. „whitewash“ Tünche (über-tünchen)

5) „Bluewash“ bezieht sich auf Konzerne, die UN-Initiativen aus PR-Gründen aufgreifen, um sich mit der blauen UN-Fahne der Vereinten Nationen zu schmücken.



Nigeria, 1993: Demonstration der Ogoni-Einwohner gegen Shell und Auswirkungen der dortigen Ölförderung.

das Niger-Delta noch immer verseucht ist, ohne dass Shell nur einen Finger krümmt, um die Schäden zu beseitigen.

Es fehlen die Maßstäbe. Der Begriff „Nachhaltigkeit“ schwimmt, auch auf UN-Ebene. Klare inhaltliche Kriterien und eine unabhängige Kontrolle sind dringend notwendig.

Jedes Jahr legen die Ölkonzerne Rekordbilanzen vor. Für das Jahr 2004 meldeten die großen Ölmultis riesige Gewinne. Die französische Total erzielte Gewinne von 7,5 Mrd. Dollar, die britische BP machte einen Gewinn von 16,2 Mrd. Dollar, Shell erreichte sogar

einen Gewinn von 16,6 Mrd. Dollar und der Ölgigant ExxonMobil übertraf alle mit 25,3 Mrd. Dollar. Schon mit einem Bruchteil davon ließe sich in den Öl-Krisengebieten etwas wesentlich ändern.

Keine andere Branche verdient so viele Dollars und tut so wenig für den Umweltschutz. Greenpeace hat zwar dafür gesorgt, dass im Nordost-Atlantik keine Plattformen mehr versenkt werden dürfen. Aber für viele andere Umweltsünden hat die Ölbranche die Verantwortung noch nicht übernommen.

6) Nigeria. Entwicklungen und Ereignisse, Meinungen und Fakten zu Politik, Menschenrechten und Ölförderung. Dokumentation der Deutschen Shell AG, 1996

Die Förderung und der Transport von Öl sowie die Gasabfacklung verschmutzen die Umwelt von Nigeria.



Industriegebiet Nordsee

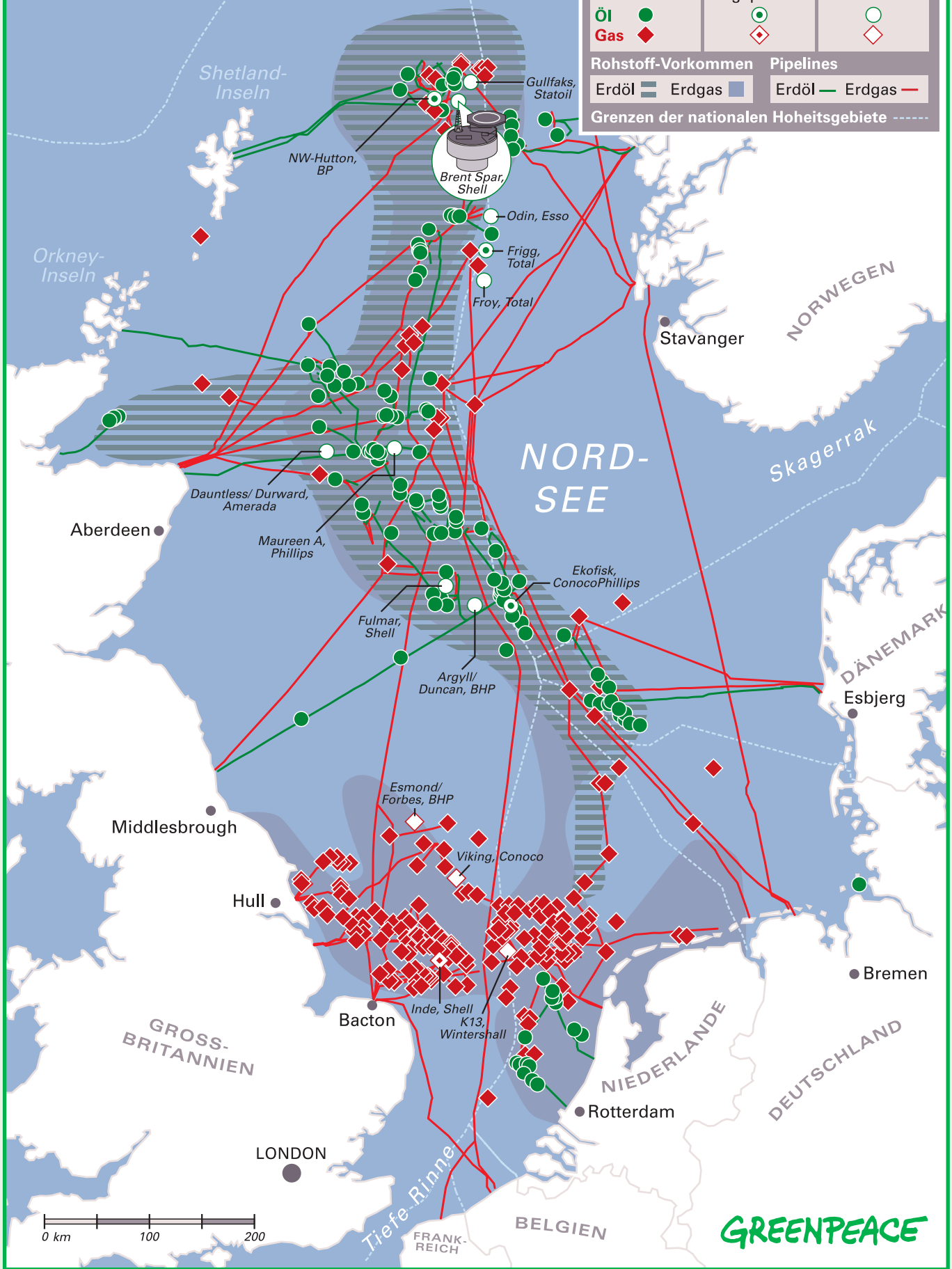
Öl- und Erdgasförderung

Plattformen (zum Teil mehrere Installationen)

in Betrieb		Entsorgung geplant	entsorgt
Öl	●	○	○
Gas	◆	◇	◇

Rohstoff-Vorkommen		Pipelines	
Erdöl	■	Erdöl	—
Erdgas	■	Erdgas	—

Grenzen der nationalen Hoheitsgebiete - - - - -



Industriegebiet Nordsee

Karsten Smid, Kampagner bei Greenpeace für Öl und Klima

Als in den 60er Jahren in der Nordsee Erdöl und Erdgas entdeckt wurden, startete eines der größten Investitionsvorhaben der Industriegeschichte. Heute zählt die Nordsee zu den weltweit größten Fördergebieten der Offshore-Industrie.

Das Meer vor unserer Haustür ist – auch unter dem Einfluss der Ölkrise der 70er Jahre – in einen völlig erschlossenen Industriestandort umgewandelt worden. Lärm, Gestank und hohe Schadstoffbelastung von Luft und Wasser sind traurige Begleiterscheinungen. Den Horizont insbesondere der nördlichen Nordsee dominieren heute die Silhouetten hunderter Ölplattformen. Die Erdgas verbrennenden Abfackelfeuer – es wird mit dem Öl gefördert – machen die Nacht zum Tag. Mit maritimer Idylle und unberührter Natur hat das nichts mehr zu tun.

Doch der Nordsee setzt noch mehr zu: Rund 200.000 Schiffe durchqueren sie jährlich, Tendenz steigend. Eine große Gefahr geht dabei von alten Öltankern aus, die nur eine Stahlhülle besitzen und bei Unfällen keinen ausreichenden Schutz bieten. Moderne Tanker sind mit einer Doppelhülle ausgestattet.

Auch durch den sonstigen Schiffsverkehr gelangen große Mengen an Abwässern und Schadstoffen in die Meere. Zudem erzeugt die Verbrennung schwerer Öle in den Schiffsmotoren hohe Mengen an Stickoxiden, die in die Atmosphäre geblasen werden und später zu Versauerung und Überdüngung der Meere führen. Neben diesen zunächst eher unsichtbaren Belastungen gibt es akute und sichtbare Schäden für die Ozeane: Jedes Jahr landen große Mengen Öl und Müll jeglicher Art von den Schiffen illegal im Meer. Die Folge: Immer wieder treiben Plastikmüll und riesige Ölteppiche auf dem Wasser. Für unzählige

Seevögel, Fische und auch Meeressäuger bringen sie den Tod.

Hinzu kommen erhebliche Belastungen von Land: Die Überdüngung der Äcker schädigt die Flüsse, die ihre Fracht ins Meer spülen, giftige Chemikalien und radioaktive Stoffe werden in die Nordsee eingeleitet.

Brent Spar – Symbol für die Ölförderung im Meer

Mit der Kampagne gegen die Versenkung der Brent Spar im Jahr 1995 richtete Greenpeace den Blick erstmals auf die Verantwortung der Ölkonzerne für die Verschmutzung der Nordsee. Die Brent Spar war dafür das richtige Ziel, denn es handelte sich um die erste Plattform, die nach Ende ihrer Betriebszeit entsorgt werden musste. Es war zu befürchten, dass ihrer Versenkung im Nordost-Atlantik mehrere hundert Installationen folgen würden. Diese Befürchtung war durchaus berechtigt, wie ein 1997 veröffentlichter Briefwechsel bestätigte, den Shell UK und die britische Regierung bereits 1994 geführt hatten: Demnach hatte die Regierung ein besonderes Interesse daran, mit der Brent Spar einen Präzedenzfall zu schaffen, um der Offshore-Industrie und anderen Branchen den Weg zur Entsorgung sperriger Anlagen im Meer wieder zu eröffnen.

Die Kampagne führte nicht nur dazu, dass Shell sein Versenkungsvorhaben aufgab. Drei Jahre später beschlossen die Umweltminister der OSPAR-Staaten¹ – der Anrainer-Länder des Nordost-Atlantiks – in Sintra/Portugal, dass in dieser Meeresregion keine Plattformen versenkt werden dürfen. Das war trotz jahrelanger Lobby-Arbeit ein überraschendes Ergebnis. Damit hatte die Brent Spar-Kampagne 1998 zu ihrem bestmöglichen Ende gefunden.

Müllkippe Nordsee

Mit dem Versenkungsverbot war ein gewaltiges Problem der Ölförderung in der Nordsee gelöst, aber für ein weiteres gibt es nicht einmal ansatzweise ähnlich gute Aussichten: die Verschmutzung der Nordsee durch den Alltagsbetrieb der Plattformen.

Die Karte der gegenüberliegenden Seite zeigt die Öl- und Erdgasförderung in der Nordsee: Plattformen, die in Betrieb, bereits entsorgt oder in naher Zukunft zur Entsorgung anstehen.

¹⁾ An der zwischenstaatlichen OSPAR-Kommission (Oslo-Paris-Kommission) sind 15 Länder beteiligt. Die Kommission trifft auf Regierungsebene Vereinbarungen zum Schutz der Küsten und Gewässer des Nordost-Atlantiks, einschließlich der Nordsee.



Auf einer Dokumentationstour
1997 nimmt Greenpeace
Besorgnis erregende
Schlammproben nahe der
Ölplattformen in der Nordsee.

Die meisten Plattformen liegen im englischen Sektor der Nordsee, gefolgt vom norwegischen, niederländischen und dänischen. Die Norweger stiegen schnell zum drittgrößten Ölexporteur der Welt auf. Deutschland hat im Jahr 2002 über 30 Prozent des Rohöls aus der Nordsee bezogen (gesamte Rohöleinfuhr im Jahr 2002: 105 Mio. Tonnen). Damit ist das Meer vor unserer Haustür ein wichtiger Lieferant von Rohöl.

Schon ein Jahr nach der Brent Spar-Kampagne untersuchte Greenpeace 1996 – und 1997 – den Meeresboden rund um einige Bohrinseln in der Nordsee. Die Aktivisten nahmen Proben und filmten den Meeresgrund mit einer Unterwasserkamera. Das Ergebnis war erschreckend: Der Boden war schwarz und stank, in den Proben fanden sich keine der üblichen Bodentiere, die empfindlich auf Verschmutzungen reagieren. Auf beiden Fahrten stieß Greenpeace in der Nähe der Plattformen zudem immer wieder auf Ölteppiche. Die Betreiber erklärten diese meist mit aktuellen technischen Problemen. Doch die Wahrheit ist: Die Meeresverschmutzung ist keine seltene Ausnahme, sondern Alltag.

Sonderbehandlung für die Ölindustrie

Die Ölindustrie wusste, wie sie sich eine bevorzugte Behandlung sichern konnte. Die Offshore-Industrie unterstützte Lobbyorganisationen wie den Dachverband E&P Forum. Und dieser Lobbygruppe gelang es, die relativ strengen Beschränkungen zu umgehen, die für andere Industriezweige gelten. E&P Forum nahm an allen Konferenzen der wichtigen internationalen Institutionen teil, die

die Meere betreffen: denen der International Maritime Organisation (IMO) ebenso wie der London Convention und weiterer regionaler Konventionen wie der OSPAR-Kommission.

So heißt es in der London Convention: „Die Regelungen dieses Übereinkommens gelten nicht für die Entsorgung von Abfällen oder anderen Materialien, die in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit der Erschließung, der Förderung und der Offshore-Verarbeitung von unter dem Meeresboden liegenden Bodenschätzen entstehen.“² Auf gut Deutsch heißt das: Von einer Offshore-Förderanlage aus kann man ins Meer kippen, was und wie viel man will!

Bohrschlamm und Öleinleitungen

Bei Bohrungen nach Öl und Gas wird der Bohrkopf immer in Verbindung mit Bohrschlamm betrieben, einer Mischung aus diversen Chemikalien – Schmiermitteln, Rostschutz, Bioziden, Schwermetallen – und verschiedenen Flüssigkeiten. Der Bohrschlamm dient zum Kühlen, Säubern und Schmieren des Bohrgestänges und der Kontrolle des Bohrdrucks. Bohrschlamm und Bohrgestein werden getrennt, der Bohrschlamm wird häufig wiederverwendet. Bis vor einigen Jahren wurden stark ölhaltige Schlämme einfach rund um die Plattformen angehäuft. Allein unter der Plattform North West Hutton liegen rund 25.000 Kubikmeter ölgiger Bohrrückstände.

Täglich werden über eine Million Kubikmeter ölverseuchtes Produktionswasser ins Meer gepumpt. Das hat 1993 das Bohrklein als wesentliche Quelle für Öleinleitungen

²) Artikel III.1(c) der London Convention, 1972.

abgelöst. Seitdem steigen die Öleinleitungen durch Produktionswasser an. Denn je älter ein Feld ist, umso mehr Abwässer fallen an. Der Öleintrag durch Produktionswasser in die Nordsee betrug allein im Jahr 2002 über 14.000 Tonnen.

Die Freisetzung erheblicher Mengen an Ölbestandteilen vernichtet die am Boden lebenden Organismen vollständig. Ein Rückgang der Artenzahl ist noch im Umkreis von 1000 Metern nachweisbar, und in einer Entfernung von drei bis fünf Kilometern kann man eine Abnahme der sensiblen Arten nachweisen. Der Förderbetrieb ist zudem auf den Einsatz von Chemikalien angewiesen. 300.000 Tonnen gelangen dadurch jedes Jahr in die Nordsee. Mittlerweile sind 5000 bis 8000 Quadratkilometer Nordseeboden verschmutzt – die doppelte Fläche des Saarlandes. Studien haben gezeigt, dass die Zerstörungen schwerwiegend und langfristig sind: Auch acht Jahre, nachdem die Arbeiten auf einer Bohrinsel eingestellt worden waren, hatte sich das Ökosystem im Umkreis von 250 Metern noch nicht erholt.

Die neuen Erkenntnisse über die Umweltschäden von Schlämmen auf Ölbasis führten dazu, dass die Industrie Schlämme auf Wasserbasis entwickelte. Auch diese enthalten jedoch beträchtliche Mengen an Kohlenwasserstoffen sowie viele giftige Chemikalien und Schwermetalle.

Chronische Verschmutzung: Verheerende Umweltfolgen

Es ist wissenschaftlich belegt, dass die Einleitung von Öl und Chemikalien der Offshore-Industrie die Meereslebewesen in der Nähe der Plattformen stark schädigt. Kleinste Mengen werden im Meerwasser gelöst und von Organismen aufgenommen. Sie können so in die Nahrungskette gelangen, in der sie sich als Schadstoffe im Organismus von Kleinstlebewesen, Würmern, Muscheln, Schnecken, Krebsen, Schlangensterne, Seesternen, Fischen, Seevögeln und Meeressäugern anreichern können. Dies kann zu erheblichen

Missbildungen, Verhaltens-, Wachstums- und Entwicklungsstörungen führen. Forscher, die die Auswirkungen auf den Kabeljau untersuchten, fanden heraus, dass die Chemikalien die weiblichen Hormone beeinträchtigen und das Laichen verzögern.³ Über die Nahrungskette können die Schadstoffe schließlich auch zum Menschen gelangen.

Von den Ölteppichen sind am auffälligsten die Seevögel betroffen. Ihr Gefieder verklebt, und durch das Schlucken von ölhaltigem Wasser und ölbehafteter Nahrung erleiden sie tödliche Vergiftungen. Angesichts dieser Schadensbilanz ist kaum zu glauben, dass Plattformen ihre Belastung für das Meer auf ein geringstmögliches Maß beschränken müssen, um überhaupt zugelassen zu wer-

Die Ölverschmutzung rund um Ölplattformen zeigt sich besonders deutlich aus der Vogelperspektive. Ölhaltiges Produktionswasser wird schon bei Normalbetrieb in die Meere geleitet.



³) Studie: Dr. Jan-Helge Fossa, Meeresbiologe, Institute of Marine Research, Bergen, Norwegen

den. Offensichtlich wird diese zentrale Bedingung nicht erfüllt. Es ist dringend notwendig, Beeinträchtigungen durch schadstoff-, insbesondere öl- und PCB-haltige Bohrrückstände zu vermindern und die Einleitung von Produktionswasser drastisch zu verringern. Zudem müssen Offshore-Aktivitäten in besonders schutzwürdigen und empfindlichen Gebieten verboten werden.⁴

„Die Party ist vorbei“

Die Ölfelder in der Nordsee wurden hauptsächlich von 1967 bis 1975 erschlossen. Dann folgte der Boom innerhalb kurzer Zeit bis 1990. Im Jahr 2000 hatte die Förderung in der Nordsee einen Anteil von neun Prozent an der Welt-Ölproduktion. Doch so schnell wie die Ölförderung begann, so schnell überschritt sie auch ihren Höhepunkt. Im Jahr 1999 war mit 5,9 Millionen Fass pro Tag die Spitze erreicht, 2003 fiel die Förderrate auf 5,3 Millionen Fass pro Tag ab.⁵ Der Ölboom ist zu Ende, die großen Ölmultis ziehen sich aus der Nordsee zurück und überlassen kleinen Spezialfirmen ihre Förderlizenzen. Inzwischen zielen sie auf neue Meeresregionen nördlich des Polarkreises und im Nordost-Atlantik. Mit neuer Technik wollen die Konzerne nun auch Ölfelder in der Tiefsee ausbeuten, die bislang nicht erreichbar waren.

Was passiert mit den Plattformen?

Das Versenkungsverbot für den Nordost-Atlantik von 1998 zeigt bereits Wirkung: Nach der Brent Spar wurden über 30 Offshore-Installationen entsorgt. Davon wurden dreizehn Plattformen umgerüstet und wieder im Offshore-Bereich verwendet. Der Konzern ConocoPhillips stellte im Juni 1999 die 110.000 Tonnen schwere

Maureen-Plattform außer Dienst, zwei Jahre später wurde sie vor der Westküste Norwegens zerlegt und recycelt.

Die North-West-Hutton Plattform von BP ist nicht mehr in Betrieb, sie soll im Jahr 2006 abgebaut werden. Shell plant, das englische Gasfeld Inde und weitere Installationen des Brent-Ölfeldes zu demontieren. In der nächsten Zeit will ConocoPhillips im norwegischen Ekofisk-Feld 14 Stahlplattformen und einen großen Tank abreißen. Zwischen 2005 und 2006 sollen die Arbeiten beginnen und voraussichtlich bis 2013 andauern. Auch die Abrissunterlagen für das Frigg-Feld des Betreibers Total liegen zur Begutachtung vor. Die eigentliche Welle der Entsorgung steht noch an: Ab 2010 ist jährlich mit etwa 20 Abwrack-Projekten zu rechnen.

Vom Ölfeld zum CO₂-Speicher

Inzwischen werden Ölfelder von den Konzernen als geeigneter Speicher für Kohlendioxid (CO₂) gesehen. Die so genannte CO₂-Verpresung soll eine Maßnahme gegen den Klimawandel sein: Statt das Klimagas CO₂ in die Atmosphäre zu blasen, soll es mit dieser umstrittenen Methode unterirdisch unschädlich gemacht werden. Wenn das Öl in einem Reservoir zur Neige geht, kann CO₂ in das Ölfeld gepresst werden. Dadurch steigt der Druck im Inneren und drückt das Restöl an die Oberfläche. Ein Teil des Kohlendioxids gelangt bei der Ölförderung wieder an die Oberfläche und muss abgetrennt und zurückgepresst werden.

Auch die Nutzung erschöpfter Ölfelder der Nordsee wird für die CO₂-Speicherung in Betracht gezogen. Da sich die Ölfelder fernab von Kraftwerken oder Industrieanlagen befinden, in denen CO₂ anfällt, entstehen allerdings hohe Kosten durch den aufwändigen Transport. Auf der 250 Kilometer vor der norwegischen Küste liegenden Gasförderplattform Sleipner wird ein Verfahren erprobt. Das CO₂, das bei der Aufbereitung des geförderten Erdgases anfällt, wird vom Erdgas abgetrennt, verflüssigt und wieder in den Unter-

Auswirkungen von Ölförderung und Transport: Seevogel auf dem Flug nahe einer Plattform und nach einem Tankerunglück.



⁴) Sachverständigenrat für Umweltfragen, Sondergutachten, Meeresumweltschutz für Nord- und Ostsee, 2004, Bt-Drucksache 15/2626

⁵) Energy Information Administration (EIA) Northsea – Country Analysis Briefs, August 2004



grund gepumpt. Die Bohrplattform injiziert jährlich eine Million Tonnen CO₂ in eine 800 Meter tief unter dem Meeresboden liegende Sandsteinschicht. Weitere CO₂-Lager sind geplant, z.B. das Snovhit-Gasfeld in der Barentssee.

Der Streit bei dieser Methode dreht sich darum, ob sie sicher und dauerhaft ist und ob tatsächlich kein CO₂ wieder austritt. Zudem setzt die Verpressung erst am Ende des Problems an, sie ist eine typische „End-of-Pipe“-Technik. Für den Klimaschutz muss jedoch CO₂ vermieden werden. Notwendig ist eine Energiewende, zu dieser trägt die CO₂-Lagerung jedoch nicht bei.

Die Brent Spar-Kampagne von Greenpeace führte mit dem Versenkungsverbot 1998 zum Erfolg. Die Industrie richtet sich darauf ein, eine wachsende Zahl ausgedienter Plattformen aus dem Meer zu holen. Doch die alltäg-

liche Verschmutzung der Nordsee muss ebenfalls beendet werden. Die Ölindustrie hat noch nicht beantwortet, wie sie ihre Verantwortung in dieser Frage wahrnehmen will. Greenpeace fordert von der Offshore-Industrie, die Öleinträge massiv zu verringern und alle Umweltschäden zu beseitigen. Neue Schäden dürfen nicht entstehen. Damit Nord- und Ostsee dauerhaft eine Chance haben, müssen dringend Schutzgebiete eingerichtet werden. Damit können unberührte Gebiete bewahrt bleiben, andere Gebiete, die durch die Ausbeutung stark geschädigt wurden, können sich erholen. Greenpeace fordert für Nord- und Ostsee 17 Schutzgebiete, in denen Ölförderung und Fischerei verboten sein müssen. Insgesamt sollen 40 Prozent der beiden Meere unter Schutz gestellt werden. Nur so lässt sich die Vielfalt von Arten und Lebensräumen langfristig schützen.

Etwa 540 Öl- und Gasplattformen stehen 2005 in der Nordsee und im Nordost-Atlantik.

BRENT SPAR – DER MEINUNGSUMSCHWUNG BEI SHELL

Seit 1991 beschäftigte sich Shell U.K. Exploration and Production (Shell Expro), mit der Frage, wie die Brent Spar beseitigt werden sollte. Shell Expro holte über 30 Studien und Gutachten von Consulting-Firmen und Universitäten ein. Die Versenkung an einer über 2000 Meter tiefen Stelle im Nordost-Atlantik wurde damals als die Option festgestellt, die die Umwelt, die Sicherheit und die Gesundheit der Beteiligten am wenigsten belasten würde.

Doch warum sollte die Industrie einfach ihren Müll ins Meer kippen dürfen? Die große Mehrheit der Bevölkerung war wie Greenpeace der Ansicht: Sie darf es nicht. Schließlich darf auch keiner sein altes Auto in den nächsten Wald fahren und dort entsorgen. Die allgemein anerkannten abfallwirtschaftlichen Grundregeln – Abfallvermeidung, Wiederverwenden und Recycling – müssen auch von großen Industrieunternehmen wie Shell eingehalten werden. Diese Grundregeln gelten noch heute und sie erhalten in Zeiten eines weltweiten rasanten Bevölkerungswachstums eine immer größere Bedeutung. Die Belastung

der Brent Spar mit öligen Schlämmen und Schwermetallen war ein untergeordnetes Problem. Die Brent Spar war die erste Nordsee-Plattform, die im Nordost-Atlantik versenkt werden sollte. Hunderte hätten folgen sollen. Es ging darum, den Präzedenzfall zu verhindern.

1997 bestätigte ein neues Gutachten der norwegischen Gesellschaft Det Norske Veritas, das Shell in Auftrag gegeben hatte, die Greenpeace-Sicht: Shells ursprünglicher Plan, die Brent Spar zu versenken, schneidet nach verschiedenen Kriterien nicht am besten ab. Die Ergebnisse sprechen im Gegenteil für eine Landentsorgung. Die Versenkung ist die technisch einfachste und billigste Lösung. Aber auch die Landentsorgungen sind technisch durchführbar. Die Landentsorgungen sind nicht gefährlicher als die tägliche Offshore-Arbeit. Das neue Gutachten bescheinigt den Landentsorgungen positive Energie-, CO₂- und Ressourcenbilanzen, der Tiefseeverenkung nicht. Nach ökologischen Kriterien schneiden die Landentsorgungen besser ab als die Versenkung.



Chronik

Die Kampagne gegen die Versenkung von Plattformen

1995

Februar

Shell kündigt an, die Brent Spar, eine ausgediente Öllager- und Verladeplattform, in der Nordsee nordwestlich von Schottland im Nordost-Atlantik zu versenken. Nach Ansicht von Shell würde diese Entsorgung die Umwelt, die Sicherheit und die Gesundheit der Beteiligten am wenigsten belasten.

1. März

Die Deutsche Shell AG stellt ihre neue Social-Marketing-Kampagne vor. In Anzeigen und TV-Spots will sie über Aktivitäten in den Bereichen Soziales und Umwelt informieren.

30. April

Mit Seilen und Winden erklettern zwölf Greenpeace-Aktivistinnen und Aktivisten aus Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland die Brent Spar 190 Kilometer nordöstlich der Shetland-Inseln. Sie protestieren damit gegen die geplante Versenkung der ersten ausgedienten Nordsee-Plattform im Nordost-Atlantik und fordern die Entsorgung an Land. Greenpeace beruft sich auf Angaben von Shell UK, nach denen die Plattform rund 100 Tonnen schwermetallhaltige Ölschlämme und rund 30 Tonnen schwachradioaktive Salzablagerungen enthält.

1. Mai

Die deutsche Shell-Zentrale in Hamburg weiß noch nichts von der Aktion. Sie wird nicht von ihrer britischen Schwestergesellschaft, sondern von Journalisten informiert.

2. Mai

Der Betriebsrat der deutschen Shell protestiert gegenüber Vorstand und Aufsichtsrat gegen die geplante Versenkung.

12. Mai

Die Aktivisten auf der Brent Spar erhalten per Hubschrauber eine einstweilige Verfügung, die sie zum sofortigen Verlassen der Plattform auffordert. An deutschen Shell-Tankstellen verteilt Greenpeace Flugblätter an Autofahrer, um sie auf den Umweltskandal aufmerksam zu machen.

14. Mai

Die Umweltkommissarin der Europäischen Union, Ritt Bjerregard, begrüßt die Greenpeace-Aktion (s. Foto unten). Der dänische Umweltminister Svend Auken spricht sich generell gegen die Versenkung von Plattformen aus.

17. Mai

Inzwischen haben sich die Regierungen Dänemarks, Islands, Belgiens und der Niederlande gegen die Versenkung ausgesprochen.

22. Mai

Shell versucht, mit Hilfe eines riesigen Krans ein Räumkommando auf die Plattform zu hieven. Der Versuch scheitert am schlechten Wetter.

14. Mai



23. Mai



30. April

2. Juni



23. Mai

Am frühen Morgen entern 15 Shell-Mitarbeiter und sechs Polizeibeamte die Brent Spar und räumen die Plattform. Umweltministerin Angela Merkel (CDU) spricht sich gegen eine Versenkung aus. Die gescheiterte Räumung vom Vortag und die tatsächliche Räumung führen zu einer umfangreichen und gegenüber Shells Vorgehen von Unverständnis geprägten Berichterstattung.

24. Mai

Als erste Organisation in Deutschland ruft die Junge Union Nordrhein-Westfalen zum Boykott von Shell-Tankstellen auf. In den nächsten Tagen schließen sich weitere Landesverbände an.

30. Mai

Mehrere Bundestagsabgeordnete protestieren gegen die geplante Versenkung. Heinrich Lummer (CDU) kritisiert die abwartende Haltung Merkels.

Klaus Lennartz (SPD) erklärt: „Es gibt auch noch andere Tankstellen.“

31. Mai

Der Deutsche Fischereiverband schließt sich den Protesten in einer gemeinsamen Presseerklärung mit Greenpeace an.

1. Juni

Drei Viertel der Bundesbürger wären zu einem Shell-Boykott bereit. Das ergibt eine von Greenpeace bei Emnid in Auftrag gegebene Umfrage. Shell betreibt 1995 rund 1700 Tankstellen in Deutschland mit einem Marktanteil von 13 Prozent.

2. Juni

Bundesweiter Aktionstag der über 80 regionalen Greenpeace-Gruppen: An rund 300 Shell-Tankstellen informieren die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die geplante Versenkung.

7. Juni

„Save our Seas“ steht auf dem Banner, das fünf Kletterer bei einer erneuten Besetzung der Brent Spar hissen. Die Plattform wird wieder geräumt, doch zur gleichen Zeit führen deutsche und britische Aktivisten eine Aktion gegen das Auslaufen eines Hochseeschleppers durch, der die Brent Spar zum Versenkungsort ziehen soll.

8. Juni

Greenpeace demonstriert bei der Vierten Nordseeschutzkonferenz in Esbjerg/Dänemark vor dem Tagungshaus mit einer acht Meter hohen Nachbildung der Brent Spar.

9. Juni

Die zuständigen Minister von Belgien, Dänemark, Deutschland, den Niederlanden, Schweden und der Schweiz kommen auf der Nordseeschutzkonferenz darin überein, dass stillgelegte Offshore-Anlagen wiederverwertet oder an Land entsorgt werden sollen. Die Forderung der skandinavischen Länder und der Bundesrepublik nach einem generellen Versenkungsverbot scheitert an Großbritannien, Norwegen und Frankreich. Greenpeace veröffentlicht eine von Shell in Auftrag gegebene

ne Studie der Firma Smit Engineering: Die Entsorgung der Brent Spar an Land würde nur ein Viertel des Betrages kosten, den Shell angibt.

10. Juni

Greenpeace-Aktivisten protestieren auf See gegen das Abschleppen der Brent Spar aus der Nordsee in den Nordost-Atlantik. Daraufhin rammt ein Shell-Schiff die Rettungsinsel der Aktivisten, die ins Meer fallen, sich aber verletzt in ein Schlauchboot retten können. Die Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, Heide Simonis (SPD), fordert Bundeskanzler Helmut Kohl auf, die Rettung der Nordsee zur Chefsache zu erklären.

11. Juni

Shell beginnt in der Nacht zum 12. Juni, die Brent Spar Richtung Nordost-Atlantik zu schleppen.

12. Juni

Das Greenpeace-Schiff „Altair“ begleitet die Schlepper. Die Präsidentin der Synode der Nordelbischen Kirche und der Verkehrsclub Deutschland (VCD) rufen zum Shell-Boycott auf. Ablehnung der Versenkung kommt von den hessischen Grünen, von FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle und der CSU.

13. Juni

Klaus Zwickel, der Vorsitzende der IG Metall, spricht sich für eine Entsorgung an Land aus. Er unterstützt die Aufforderung von Greenpeace an Firmen, sich um eine umweltgerechte Entsorgung der Brent Spar an Land zu bewerben.

14. Juni

Der Protest gegen Shell schlägt immer höhere Wellen. Politiker aller Parteien, Verbände und Einzelpersonen unterstützen den Boycott-Aufruf der Nordelbischen Kirche. Ähnliche Aufrufe kommen von niederländischen Parlamentariern und dem niederländischen Naturschutzbund. Dem Protest in Deutschland schließt sich u.a. die hessische CDU an. Einige Behörden und Verbände geben Dienstanweisungen, nicht mehr bei Shell zu tanken.



13. Juni: Greenpeacer lassen sich auch durch Wasserwerfer nicht von einer wiederholten Besetzung abhalten.

Die Berichterstattung nimmt ungeahnte Ausmaße an. Das Verhalten von Shell wird teilweise heftig kritisiert, über den Widerstand gegen die geplante Versenkung wird breit berichtet.

Peter Duncan, Vorstandsvorsitzender der deutschen Shell, gesteht spürbare Absatzverluste ein. Shell-Tankstellenpächter beklagen Umsatzrückgänge von bis zu 50 Prozent.

15. Juni

Die deutsche Shell stellt ihre Werbekampagne ein, mit der sie ihr soziales und umweltpolitisches Engagement betonen wollte (vgl. 1.3.95). Nach einer Unterredung mit Helmut Kohl am Rande des Weltwirtschaftsgipfels im kanadischen Halifax teilt der britische Premier John Major mit, er halte an der Versenkung der Brent Spar fest. Außenminister Klaus Kinkel (FDP), Bundesbauminister Klaus Töpfer (CDU), Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) und der Präsident des Evangelischen Kirchentages Ernst Benda protestieren gegen die geplante Versenkung. Alle stützen sich auf übereinstimmende Greenpeace- und Shell-Angaben, nach denen die Brent Spar rund 100 Tonnen mit Schwermetallen versetzte Ölschlämme und rund 30 Tonnen schwachradioaktive Salzablagerungen enthielt.

16. Juni

Ungewohnte Einigkeit in Deutschland: Politiker aller Parteien, einschließlich Bundeskanzler Kohl, sprechen sich gegen die Versenkung der Brent Spar aus.

Nach einem nächtlichen Brandanschlag auf eine Shell-Tankstelle in Hamburg verurteilt Greenpeace die Anwendung jeglicher Gewalt.

Zum dritten Mal gelingt die Besetzung der Brent Spar. Trotz Windstärke sechs und Beschuss durch Wasserkanonen des Shell-Schiffs „Rembas“ gelangen zwei Aktivisten auf die Plattform. Greenpeace Großbritannien gibt die Vermutung bekannt, dass sich möglicherweise noch 5500 Tonnen Öl an Bord der Brent Spar befinden könnten.

18. Juni

Greenpeace Deutschland veröffentlicht ebenfalls die Schätzung, in der Brent Spar könnten noch 5500 Tonnen Öl vorhanden sein. Diese Zahl erweist sich später als falsch.



7. Juni: zweite Besetzung



14. Juli: Thilo Bode (Geschäftsführer) und Greenpeace-Kapitän John Castle

einen „riesigen Proteststurm gegeben, nach dem man nicht zur Tagesordnung übergehen kann“.

29. Juni

Auf der in Brüssel tagenden OSLO-PARIS-Kommission (OSPAR) zum Schutz des Nordost-Atlantiks beschließen die Mitgliedsländer ein Moratorium für die Versenkung ausgedienter Öl- und Gasförderanlagen. Es soll nach zwei Jahren in ein endgültiges Versenkungsverbot münden. Großbritannien und Norwegen sperren sich – der Beschluss ist für sie nicht bindend.

11. Juli

Die Brent Spar wird in den norwegischen Erfjord geschleppt.

12. Juli

Shell beauftragt die norwegische Gesellschaft Det Norske Veritas (DNV), eine Inventarisierung der Brent Spar vorzunehmen.

August

Peter Duncan, Vorstandschef der deutschen Shell, behauptet, es habe sich bei dem Brent Spar-Konflikt in erster Linie um ein Kommunikationsproblem gehandelt. Greenpeace weist hingegen beständig auf den politisch-ethischen Kern des Konflikts hin.

4. September

Peter Melchett, Direktor von Greenpeace Großbritannien, entschuldigt sich schriftlich bei Chris Fay, Vorstandsvorsitzender von Shell UK, für die falsche Vermutung, auf der Brent Spar befänden sich 5500 Tonnen Öl. Der Fehler lag in einer falschen Bewertung der Messergebnisse und ihrer Veröffentlichung. Er hatte sich jedoch wegen seiner späten Veröffentlichung (16. bzw. 18.6.) kaum noch auf die Proteste und die Berichterstattung ausgewirkt.



14. Juli: Rückkehr der Aktivisten nach Hamburg

Zum Abschluss des Evangelischen Kirchentages im Hamburger Volksparkstadion ruft Kirchentagspräsident Ernst Benda zum Shell-Boykott auf. In einem „Spiegel“-Interview sagt der Vorstandschef der deutschen Shell, Peter Duncan, er habe von der geplanten Versenkung „mehr oder weniger aus dem Fernsehen“ erfahren.

20. Juni

Ein Hubschrauber kann zwei weitere Greenpeace-Aktivisten auf der Brent Spar absetzen. Aus Großbritannien wird eine zunehmende öffentliche

Empörung über die geplante Versenkung gemeldet. John Major wird im Unterhaus für seinen Einsatz für die Versenkungspläne stark kritisiert.

20. Juni, 17 Uhr 49

Shell gibt auf! Die Brent Spar wird nicht versenkt. Die vier Besetzer tanzen vor Freude auf dem Hubschrauberdeck der Plattform, während John Castle, Kapitän des Greenpeace-Schiffs „Altair“, das Signalhorn heulen lässt. Ein Sprecher der deutschen Shell erklärt, es habe besonders in Deutschland, Dänemark und den Niederlanden



Juni 1996



11. Juli 1995

11. Oktober

Shell schreibt die Entsorgung der Brent Spar international aus. Ein langwieriges Auswahlverfahren beginnt.

18. Oktober

DNV bestätigt die von Shell und ursprünglich von Greenpeace angegebenen Schadstoffmengen auf der Brent Spar mit geringen Abweichungen.

1996

April

Das „Natural Environment Research Council“ veröffentlicht einen Bericht, wonach die technischen Schwierigkeiten bei einer Entsorgung der Brent Spar an Land nicht größer sind als bei anderen Anlagen, bei denen sie bereits erfolgreich überwunden wurden.

Juni

Das Greenpeace-Schiff „Arctic Sunrise“ steuert in der Nordsee 15 Plattformen an, die demnächst außer Betrieb gehen sollen. Die Besatzung nimmt Bodenproben vom Meeresgrund, um die Aufmerksamkeit auf die alltägliche schwere Verschmutzung im Bereich der Plattformen zu richten.

Auf der OSPAR-Konferenz in Oslo sprechen sich die meisten Länder erneut gegen Versenkungen aus – nur Großbritannien und Norwegen halten sich diese Möglichkeit offen.

15. August

Shell stellt in London 30 eingereichte Vorschläge für die Entsorgung der Brent Spar vor.

23. September

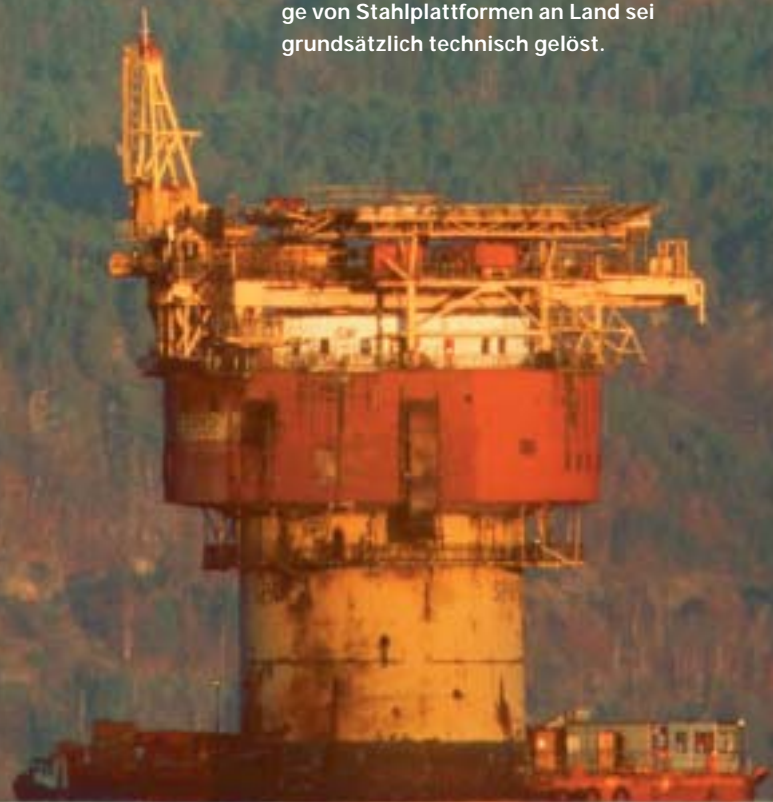
Die norwegische Regierung entscheidet, dass die Gasförderplattform „Odin“ an Land entsorgt werden soll. Esso wollte das Stahlgerüst versenken.

November

Nach einem Bericht der EU-Kommission sollten alle Öl- und Gasinstallationen vollständig aus dem Meer entfernt werden, nachdem sie stillgelegt worden seien. Die Offshore-Industrie sei in der Lage, die meisten Stahlstrukturen zu entfernen. Die Kosten würden die Wirtschaftlichkeit eines Öl- und Gasprojektes nur unwesentlich beeinflussen.

2. – 4. Dezember

Das Umweltbundesamt kommt in dem Bericht „Entsorgung stillgelegter Offshore-Anlagen“ zu dem Schluss: Entsorgungsvarianten, die zu einer nicht rückholbaren Belastung eines Ökosystems führen könnten (Versenkung in der Tiefsee), seien nach dem Vorsorgeprinzip zu vermeiden. Die vollständige Demontage von Stahlplattformen an Land sei grundsätzlich technisch gelöst.



Juli 95 bis November 98: Die Brent Spar wartet im Erfjord auf ihre Verschrottung.



1997

13. Januar

Shell präsentiert nur noch elf Entsorgungsvorschläge für die Brent Spar, die alle die Landverschrottung oder Verwertung von Teilen der Anlage vorsehen.

20. Februar

Shell beauftragt erneut die DNV. Sie soll die elf Vorschläge auf technische Aspekte und auf Sicherheits- und Umweltaspekte prüfen.

16. Juli – 20. August

Das Greenpeace-Schiff „Rainbow C“ steuert unter anderem die Öl- und Gasplattformen an, die in den kommenden Monaten außer Betrieb genommen werden sollen. Die Besatzung stößt wie im Vorjahr auf Ölteppiche und beobachtet große Gasabfackelungsflammen. Sie nimmt Bodenproben vom Meeresgrund, um die Verschmutzung der Nordsee im Bereich der Plattformen zu untersuchen.

September

Auf der diesjährigen OSPAR-Konferenz wiederholt sich das Muster der vorigen Treffen: Großbritannien und Norwegen blockieren ein Versenkungsverbot.

13. Oktober

Die DNV-Untersuchung der Entsorgungsvorschläge für die Brent Spar wird in London vorgestellt: Die Ergebnisse sprechen eher für eine Landentsorgung. Die Versenkung schneidet nicht am besten ab, sie sei jedoch die technisch einfachste und billigste Lösung. Aber auch die Landentsorgungen sind technisch durchführbar, diese seien nicht gefährlicher als die tägliche Offshore-Arbeit. Sie hätten eine positive Energie-, Kohlendioxid- und Ressourcenbilanz, die Versenkung nicht. Nach ökologischen Kriterien, wie z.B. der Meeresverschmutzung, schneidet die Landentsorgung besser ab.

1998
Das Jahr der Meere
29. Januar

Shell erklärt, die Brent Spar endgültig an Land zu entsorgen: Ein Großteil der Plattform soll im norwegischen Mekjarvik bei Stavanger zur Erweiterung der Hafenanlagen genutzt werden, der Rest wird verschrottet. Kosten: etwa 25 Millionen Pfund, nur wenig mehr als die neu kalkulierte Versenkung (laut Shell 20 Mio. Pfund). Damit ist ein Präzedenzfall geschaffen – statt das Meer als Müllkippe zu missbrauchen, wird nun an Land demontiert.

30. Januar

Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) fordert ein weltweites Verbot der Versenkung von Ölplattformen. Um die Verschmutzung des Meeres zu bremsen, müsse für alle das Verursacherprinzip gelten. „Auch außerhalb der Hoheitsgewässer sind Meere keine rechtsfreien Räume, in denen jeder machen kann, was er will.“

23. Juli

Endlich ist das Ziel erreicht: Im internationalen „Jahr der Meere“ beschließen die OSPAR-Umweltminister in Sintra/Portugal einstimmig ein generelles Versenkungsverbot für stillgelegte Offshore-Anlagen im Nordost-Atlantik. Die Entscheidung enthält einige Ausnahmen, z. B. für die Fundamente

schwerer Stahl-Plattformen. Sollen Anlagenteile im Meer verbleiben, muss jeder Einzelfall genehmigt werden. Die jeweilige Betreiberfirma muss nachweisen, dass eine Landentsorgung unzumutbar und zu risikant wäre. Die etwa zwei Dutzend sehr schweren Beton-Plattformen dürfen im Meer verbleiben, da es keine technischen Möglichkeiten gibt, sie zu bergen.

26. August

Die britische Regierung stimmt dem Abwracken der Brent Spar an Land zu.

25. November

In einem norwegischen Fjord wird damit begonnen, die Brent Spar zu zerlegen.

1999

10. Juli

Die Zerlegung der Brent Spar ist abgeschlossen. Teile der gereinigten Außenhülle bilden die Grundlage für eine neue Kaianlage in der Nähe von Mekjarvik bei Stavanger.

Der lange Weg der Brent Spar

20. JUNI 1995

17:49 Uhr: Shell stoppt die Brent Spar und verkündet die Entsorgung an Land.

16. JUNI 1995

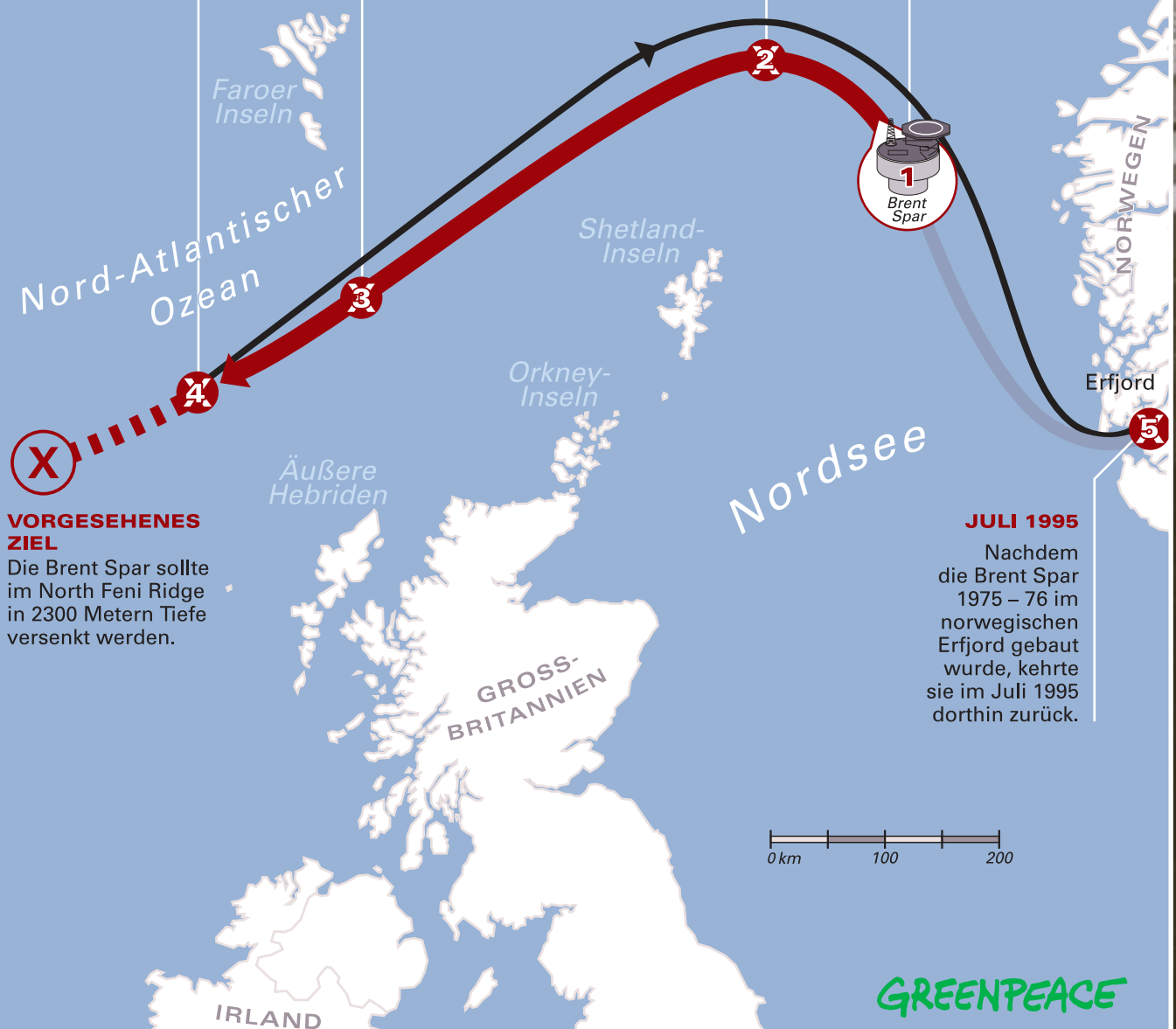
Ein Greenpeace-Hubschrauber setzt zwei Kletterer ab. Die Plattform ist damit zum dritten Mal besetzt.

13. JUNI 1995

Das Greenpeace-Schiff Altair beschattet den Shell-Schleppzug mit der Brent Spar.

12. JUNI 1995

Nach drei Wochen Besetzung im britischen Brent-Ölfeld wird die Plattform Richtung Atlantik geschleppt.



VORGESEHENES ZIEL

Die Brent Spar sollte im North Feni Ridge in 2300 Metern Tiefe versenkt werden.

JULI 1995

Nachdem die Brent Spar 1975 – 76 im norwegischen Erfjord gebaut wurde, kehrte sie im Juli 1995 dorthin zurück.

Brent Spar als Geschichte und Gegenwart

Zur sozialen Brisanz der Auseinandersetzung

*Christian Krüger/Matthias Müller-Henning, büro für publizistik (bfp), Hamburg
Das bfp führt Medienanalysen für Greenpeace durch und berät die Organisation in Kommunikationsfragen.*

Der Fall Brent Spar zählte zu den herausragenden innenpolitischen Ereignissen des Jahres 1995 in Deutschland. Seine nachhaltige Wirkung auf der Ebene des politischen Diskurses wurde bereits ein Jahr danach deutlich, als eine Studie zur gesellschaftlichen Bedeutung der Auseinandersetzung feststellte: „Brent Spar‘ hat ihren Weg von einer Ölplattform über die Bezeichnung für ein historisches Ereignis zu einem Schlagwort des politischen Jargons bereits gemacht.“¹

Heute, zehn Jahre nach den Ereignissen, hat der Fall eine noch weiter gehende Bedeutung erlangt: Brent Spar fungiert als Musterbeispiel erfolgreicher Mobilisierung der Öffentlichkeit gegen die Arroganz der Wirtschaftsmacht und wird in den Sektoren „Politische Kommunikation“ und „Unternehmenskommunikation“ als Lehrstück behandelt.

Die gesellschaftliche Tiefe der sozialen Bewegung 1995

Als Greenpeace am 30. April 1995 die Ölplattform Brent Spar in der Nordsee besetzte, ahnten auch die größten Optimisten unter den Aktionisten nicht, dass ihre Tat zur Initialzündung für die größte Boykottbewegung von Bürgern gegen einen Konzern in der Geschichte der Bundesrepublik werden würde. Zwar waren sehr günstige Voraussetzungen gegeben: ein Ungetüm im Meer, davor die fragilen Schlauchboote, ein Konzern, der auf Konfrontation setzte und die Stimmung immer wieder anheizte. Nur – so ungewöhnlich waren Konstellationen dieser Art nicht, es war schließlich nicht die erste Greenpeace-Aktion.

Die Bewegung zu Brent Spar bekam deshalb eine so große Bedeutung, weil sie im Kern eine Bewegung gegen die Arroganz von Wirtschaftskonzernen war, exemplifiziert an einer ökologisch unverantwortlichen Handlung.

„Ausgediente Ölplattformen gehören nicht ins Meer“, das zentrale Greenpeace-Argument, entsprach der Sichtweise auch von Bürgern, die in Umweltfragen alles andere als radikal waren. Der Mobilisierung stiftende Gedanke ließe sich etwa so beschreiben: „Sowenig ich mein Auto in den Wald fahre und dort stehen lasse, wenn es ausgedient hat, sowenig hat ein Unternehmen das Recht, seinen Müll auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt zu entsorgen.“

¹) Greenpeace (Hg.), Brent Spar und die Folgen, Analysen und Dokumente zur Verarbeitung eines gesellschaftlichen Konflikts, Göttingen 1997





Hätte Greenpeace die Plattform nicht besetzt, wäre die Entsorgungsfrage von Ölplattformen eine unter Fachleuten geblieben. Umgekehrt: Hätte die Greenpeace-Aktion nicht in die Gesellschaft hinein gewirkt, wäre sie ein kompletter Fehlschlag gewesen. Maßgeblich für den gesellschaftlichen Erfolg war vor allem:

- **Das Engagement der Bürger.**
Ihr entscheidender Beitrag zur historischen Bedeutung des Ereignisses war, dass sie den Boykott als ein Mittel der politischen Willenskundgebung von unten gegen „die da oben“ (wieder)entdeckten.
- **Die Berichterstattung der Medien.**
Der Großteil der Medien nahm in seiner Berichterstattung oder Kommentatoren-tätigkeit nach zögerlichem Beginn mehr oder minder offen gegen die Shell-Pläne Stellung und räumte dem Konflikt einen prominenten Platz ein (insgesamt wurden 2238 Presseartikel und 935 Fernsehbeiträge ausgewertet, in denen zwischen dem 30. April und dem 30. Juni 1995 Greenpeace im Zusammenhang mit Brent Spar erwähnt wurde).²
- **Das Mitziehen von Politikern und Verbänden.**
Wie stark der gesellschaftliche Druck war, wird nirgends so deutlich wie an diesem Punkt – dazu drei Beispiele: Der Evangelische Kirchentag erklärte seine Solidarität, die Bundesregierung unter Helmut Kohl forderte von Shell eine Entsorgung an Land, und (nahezu unvorstellbar im Jahr

2005) sogar CDU-Verbände und -Politiker riefen zum Boykott von Tankstellen auf.

Am 20. Juni 1995, sieben Wochen nach dem Beginn der Auseinandersetzungen, gab Shell dem Druck der Öffentlichkeit nach. Der Rückzug wurde von einer Mehrheit der Medien als Sieg für die Umwelt und gegen die Verantwortungslosigkeit gewertet, ja als frohe Botschaft für die Zukunft gedeutet: „Veränderung ist machbar“, „Wir Verbraucher haben Macht“ hieß es in Blättern, die über jeden Verdacht erhaben waren, Sympathien für Aufrührer zu hegen.

Wer von Brent Spar spricht, kann von Moruroa nicht gut schweigen

Wie groß die gesellschaftliche Wirkung des Erfolges der Brent Spar-Bewegung war, lässt sich an einem Ereignis ermessen, das zu seinen unmittelbaren Folgen gehört und heute in Vergessenheit geraten ist: die Protestbewegung gegen die Ankündigung der französischen Regierung, im Sommer 1995 eine Serie von Atombombentests im Südpazifik durchzuführen.

Wer heute hört, Greenpeace habe nach Shell nun auch eine Atommacht zur Aufgabe ihrer Pläne zwingen wollen, der könnte auf die Idee kommen, dies der Selbstüberschätzung einer Organisation zuzuschreiben, die damals auf dem Zenit ihres Ansehens stand. Nur – Greenpeace war 1971 aus dem Protest gegen Atombombentests entstanden und hatte seitdem schon etliche Male gegen französische Atomtests Aktionen durchgeführt. Und Greenpeace hatte wie bei Brent Spar auch bei dieser Kampagne die Unterstützung

²⁾ Die Zahlen beziehen sich auf Artikel bzw. Sendebeiträge, die von Medienbeobachtungsdiensten in einem Sample von 146 Tageszeitungen, 23 Wochenzeitungen und 964 Zeitschriften sowie in den Programmen aller deutschsprachigen Fernsehsender gefunden wurden.



weiter Teile der Öffentlichkeit. „Weltmacht Greenpeace“, titelte damals der Stern anerkennend, „Greenpeace-Akupunktur trifft den Zentralnerv“, jubelte ein Ex-Chefredakteur des Spiegel, der als Polit-Talkmaster populär war. Beispielhaft für die Bandbreite der Bewegung war das Medien-Engagement gegen die Atomtests. Die Zahl der Medienberichte war insgesamt mehr als doppelt so hoch wie zu Brent Spar: 5310 Presseartikel und 1799 TV-Beiträge nahmen zwischen dem 1. Juli und dem 5. September 1995 auf die Greenpeace-Aktivitäten gegen die Atomtests Bezug.

Als sich nach einigen Wochen das Scheitern der weit gesteckten Ziele abzeichnete, verflüchtigte sich die Euphorie. Als am 5. September der erste Atomtest durchgeführt wurde, hatte sich das Meinungsklima in den Medien bereits drastisch verändert. Wer die Medienberichte studiert, wird zum Schluss kommen, dass in vielen Fällen die Scham über die eigene Aufsässigkeit und über das Versagen der Bewegung den Journalisten die Feder führte – ein Scheitern, das einem Akteur angelastet wurde, der soeben noch als Held gefeiert wurde: Greenpeace.

In diese Katerstimmung platzte am 5./6. September die Meldung, Greenpeace habe sich bei Shell für falsche Zahlenangaben zu den Schadstoffmengen auf der Brent Spar entschuldigt. Aufgebracht über den Misserfolg vor Moruroa wurde diese Entschuldigung von vielen so aufgefasst, als sei die ganze Brent Spar-Kampagne auf Lügen gebaut gewesen. Kaum wahrgenommen wurde, dass der Gegenstand der Entschuldigung ein ganz anderer war.

Wie die Legende vom manipulierten Protest entstand

Greenpeace hatte ihre Kampagne gegen die Versenkung der Brent Spar auf das Argument

gegründet, das Meer sei keine Müllhalde und ausgediente Ölanlagen dürften prinzipiell nicht im Meer entsorgt werden. Die Menge der Schadstoffe spielte eine untergeordnete Rolle. Wo Greenpeace Zahlen verwendete, beruhten diese auf Angaben der Shell (100 bis 130 Tonnen Öl und andere teils giftige Rückstände). Sieben Wochen nach dem Beginn der Kampagne, als sich ein Erfolg der Protestbewegung bereits abzeichnete, stellte Greenpeace erstmals eine Mengenangabe in den Vordergrund; diese lag zudem weit über den zuvor veröffentlichten Zahlen.

Neuere Untersuchungen hätten den Schluss nahe gelegt, dass sich an Bord der Plattform 5500 Tonnen Öl befinden könnten, verlautbarte die Organisation durch Presserklärungen am 16. Juni in Großbritannien und am 18. Juni in Deutschland.

Was immer die Gründe gewesen sein mögen, die Greenpeace dazu bewogen haben, Zahlen eine Bedeutung beizumessen (noch dazu falschen, wie sich herausstellte), eines lässt sich eindeutig sagen: Die 5500-Tonnen-Meldung hatte auf die Mobilisierung keinen Einfluss und wurde öffentlich kaum zur Kenntnis genommen. Nur 37 der 1054 ausgewerteten Presseberichte, die zwischen dem 17. und 23. Juni 1995 in Deutschland zu Brent Spar erschienen, erwähnten überhaupt die neue Zahlenangabe, und bereits am 20. Juni erklärte die Shell ihren Rückzug.

Fragen wir nach der Bedeutung der 5500-Tonnen-Meldung, dann ist klar, dass Greenpeace sich redlich Kritik verdient hatte: Die Herausgabe einer Fehlmeldung dieses Kalibers darf einer Organisation nicht unterlaufen, die so hohe Glaubwürdigkeitsansprüche an sich und andere stellt. Andererseits musste jedem Beobachter, gleich mit welcher Seite er es hielt, klar sein, dass eine Falsch-

formation, die am 18. Juni (in Großbritannien am 16. Juni) herausgegeben wurde, keine Bürgerbewegung beeinflusst haben konnte, die im Mai begonnen hatte, und auch keine Kampagne desavouieren konnte, die am 30. April gestartet worden war.

Die Medienanalyse ergibt ein anderes Bild. Nur eine kleine Minderheit der Berichte und Kommentare gab den Sachverhalt korrekt wieder. Sehr viel größer war dagegen die Zahl der Medienberichte, die den Eindruck erweckten, Greenpeace habe von Anfang an mit falschen Zahlen operiert. Nicht wenige Medien präsentierten sich, Journalisten und Bürger, aber auch Shell als Opfer einer Täuschung. Lauter wurden nun auch jene Stimmen, die bereits während der Kampagne die „Hysterie des Bürgers“ als ihren Gegner geortet und den zivilen Widerstand als Attacke auf Staatsräson und Wirtschaftsfrieden denunziert hatten.

Im Herbst 1995 wurde der Grundstein für die Legende einer Brent Spar-Bewegung gelegt, die durch falsche Zahlen in Gang gebracht oder angeheizt wurde. Seither hat Greenpeace Deutschland die Sachlage diverse Male richtig gestellt. (Wobei gesagt werden muss, dass Greenpeace, angefangen beim Wortlaut der Entschuldigung, anfangs wenig tat, um die Zusammenhänge vollständig und verständlich aufzuklären.) Das Hamburger büro für publizistik hat die öffentlichen Vorgänge detailliert untersucht und die Ergebnisse publiziert.³ Es half alles nichts – die Legende festigte sich von Jahr zu Jahr.

Heute gilt es wahrscheinlich einer Mehrheit von Medienvertretern als „erwiesen, dass

Greenpeace seine gewaltige Brent Spar-Kampagne von 1995 auf falsche Messdaten gegründet hatte“ (FAZ, 19.9.03), in der pauschalen Variante: „Greenpeace lag mit der Besetzung der Brent Spar daneben.“ (taz 21.7.04).

Wenn Brent Spar heute ein Lehrstück ist, dann gewiss auch dafür, wie durch kognitive Ignoranz (oder liegt es nur daran, dass für Recherche kaum noch Zeit ist?) Geschichtsbilder gemalt werden.

Heute gelten die Ereignisse um Brent Spar als Lehrstück

Zehn Jahre nach Brent Spar haben die Ereignisse, wie es scheint, in den Lehrbüchern stärkere Spuren hinterlassen als in der politischen Kultur. Signifikant sind vor allem drei Entwicklungen:

- Die Bewegung zu Brent Spar erwies sich nicht als Auftakt zur Entfaltung von Verbraucherpower, sondern als – bis heute – einsamer Höhepunkt. Die Sensibilität der Verbraucher hat zugenommen, aber sie hat sich seither nicht mehr in einer sozialen Bewegung manifestiert.
- Die Brent Spar-Kampagne konnte ihre Wirkung entfalten, weil ökologisch unverantwortliches Handeln 1995 als Spezialfall für gesellschaftlich unverantwortliches Handeln begriffen wurde. Heute haben ökologische Fragen einen Großteil dieser symbolischen Funktion eingebüßt.



- „Soziale Verantwortung der Unternehmen“ ist auch heute für die Öffentlichkeit ein brisantes Thema, wie sich z.B. im Unmut über Managergehälter oder die Verlagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländer, aber auch in der Berichterstattung über Bhopal zeigt.⁴

Als Vorbild und Lehrstück, auch Mythos, gilt Brent Spar vor allem unter NGO-Aktivisten, Kommunikationsberatern und PR-Fachleuten, und zwar unter folgenden Aspekten:

- **Die Kraft von Bürgerbewegung und Verbraucherpower**
Es gibt kaum einen relevanten Konflikt um das Agieren von Wirtschaftsunternehmen, in dem der Gedanke nicht öffentlich auftaucht, man sollte als Bürger doch ähnlich vorgehen wie damals zu Brent Spar. So im Zusammenhang mit der Standort- und Sozialpolitik von Unternehmen in einem Kommentar der Saarbrücker Zeitung vom 30.6.04: „Nie wieder hat sich die Macht des Verbrauchers so stark gezeigt (wie im Falle Brent Spar). Warum eigentlich nicht? Diese Waffe ist doch jederzeit verfügbar und wäre heute angebrachter denn je.“
- **Die Kunst der Kampagne**
Beispielhaft ist die Antwort, die Anton

Hunger, Öffentlichkeitschef von Porsche, im Interview mit dem Primagazin 4/03 auf die Frage „Eine Meisterleistung der PR war...“ gab: „...Greenpeace gegen Shell/Brent Spar.“ Das Greenpeace-Agieren in diesem Fall gilt als Prototyp einer erfolgreichen Kampagne. Nicht nur NGOs, die mit Mitteln der öffentlichen Konfrontation arbeiten, auch gewinnorientierte Unternehmen könnten von Greenpeace lernen, ist von Strategen des politischen Marketings und der Unternehmens-PR häufig zu hören.

- **Die Notwendigkeit eines Risiko- und Akzeptanzmanagements**
In der Kommunikationsbranche fungiert das Agieren der Shell im Fall Brent Spar „als PR-Desaster des Jahrhunderts“ (so das Manager Magazin, 6/03) und als Muster, wie ein Unternehmen es nicht machen darf. Umgekehrt gilt der Fall als Lehrstück zur These, dass ein Unternehmen sich um soziale Akzeptanz in der Öffentlichkeit bemühen muss. Seit Brent Spar fühlen Unternehmensführungen sich sehr viel stärker angehalten, im kommunikationstechnokratischen Sinne umsichtig zu agieren (nicht etwa im ethischen Sinne verantwortlich).

³⁾ in: Krüger/Müller-Hennig (Hg.), Greenpeace auf dem Wahrnehmungsmarkt, Hamburg 2000, S. 205-222.

⁴⁾ Am 3. Dezember 1984 waren im indischen Bhopal aus einer Pestizidfabrik der US-Firma Union Carbide 40 Tonnen eines hochgiftigen Gasgemischs entwichen. 8000 Menschen kamen unmittelbar ums Leben, 20.000 starben später. Die Folgen der Katastrophe sind bislang nicht wieder gutgemacht. Das verseuchte Gelände wurde nicht saniert. Der Konzern Dow Chemical, der inzwischen im Besitz der Firma ist, hat sich bis heute nicht zu seiner Verantwortung für die Opfer bekannt.





Die Legitimität von Greenpeace-Kampagnen

*Svenja Koch/Jochen Lohmann
Svenja Koch leitet die Pressestelle
von Greenpeace in Hamburg.
Jochen Lohmann ist Historiker.*

Die Frage der Legitimität von Greenpeace und anderer Nichtregierungsorganisationen (NGOs) kam schon vor der Brent Spar-Kampagne gelegentlich auf. Nach dem Erfolg der Kampagne wurde diese Diskussion lauter, Politiker, Journalisten und Wissenschaftler beschäftigten sich nun ausführlicher damit.

Für manche, vorwiegend konservative Beobachter, war die Klärung der Legitimität wichtig, da sie wohl den Eindruck hatten, NGOs seien durchsetzungsfähiger als in demokratischen Systemen erwünscht. Demnach müsse die unterstellte Macht von NGOs begrenzt werden, da sie nicht ausreichend legitimiert sei. Abgesehen davon, dass diese Frage selten so dringlich gestellt wurde, um den Einfluss von Wirtschaftslobbys zu klären, fühlten sich Politiker von der Brent Spar-Kampagne gar nicht unter Druck gesetzt. Quer durch die Parteienlandschaft (von CSU bis Grüne) sprachen sie sich gegen die Versenkung der Brent Spar aus und sympathisierten mit dem Boykott von Shell-Tankstellen. Im Folgenden werden einige Artikel und Äußerungen vorgestellt, die die Leistung von Greenpeace für den Schutz der Meere, aber auch für die Demokratie hervorheben.

Schon während der Auseinandersetzung äußerten sich viele Politiker in Europa positiv. Am 14. Mai 1995 begrüßte die EU-Umweltkommissarin Ritt Bjerregard die Besetzung der Brent Spar. Der dänische Umweltminister Svend Auken äußerte sich sogar generell gegen die Versenkung von Plattformen. Am 23. Mai bezog auch die damalige deutsche Umweltministerin Angela Merkel überraschend deutlich Position: „Es kommt selten vor, dass ich mit Greenpeace einer Meinung bin, aber in diesem Falle

schon. Wenn die Brent Spar eine deutsche Plattform wäre, hätten wir keine Genehmigung zur Versenkung gegeben.¹ Es blieb nicht bei diesen Äußerungen. Der nordrhein-westfälische Landesverband der Jungen Union rief am 24. Mai, einen Tag nach der Räumung der Brent Spar, als erste politische Gruppe in der Bundesrepublik dazu auf, Shell-Tankstellen weiträumig zu umfahren. Eine von Greenpeace beim Emnid-Institut in Auftrag gegebene Umfrage zeigte, dass die Mehrheit der Deutschen gegen die Versenkung der Brent Spar war. 74 Prozent der Bundesbürger erklärten ihre Bereitschaft, Shell-Tankstellen aus Protest zu boykottieren.

Sogar der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl versuchte am Rande des Weltwirtschaftsgipfels, den britischen Premier John Major umzustimmen – allerdings ohne Erfolg. Schließlich zeigte der Druck der Öffentlichkeit Wirkung. Am 20. Juni 1995 gab der Ölkonzern Shell seinen Verzicht auf die Versenkung der Plattform bekannt.

Bis zum krönenden Abschluss der Kampagne sollte es aber noch drei Jahre dauern – mit dem Beschluss der 15 Anrainerstaaten des Nordost-Atlantiks, dass künftig niemand mehr ausgediente Öl- und Gasplattformen im Meer versenken darf. Der Erfolg auf der OSPAR-Konferenz in Sintra bei Lissabon im „Jahr der Meere“ 1998, so urteilten die Medien einstimmig, sei in erster Linie Greenpeace zu verdanken.

Wichtig ist aber, dass es Greenpeace von Anfang an nicht nur um die Brent Spar, sondern um den Meeresschutz insgesamt ging. Denn in den folgenden Jahren standen einige hundert Plattformen zur Versenkung bereit. Bei einem Treffen zwischen Greenpeace-Vertretern und einer hochrangigen Delegation der deutschen Shell am 1. Juni 1995 in der Hamburger Zentrale des Ölkonzerns legte der internationale Greenpeace-Kampagnenchef Ulrich Jürgens die Beweggründe zur Besetzung der Brent Spar ausführlich dar: „Shell ist wahrscheinlich so gut oder schlecht wie alle anderen Ölmultis auch. Sie sind allerdings

unser derzeitiger Kampagnen-Gegner, weil Ihre Plattform Brent Spar, Ihre Versenkungsabsichten, die Zukunftsaussichten der Nordsee insgesamt verschlechtern.(...) Shell ist nur die erste der über ein Dutzend Mineralölgesellschaften, die ihre Nordsee-Plattformen entsorgen müssen. Wenn Sie es mit Hilfe der britischen Regierung durchdrücken, die Brent Spar zu versenken, stehen ein Dutzend anderer Gesellschaften mit ihren Offshore-Ruinen Gewehr bei Fuß. Ihre Brent Spar ist nur das Symbol für einen ganzen Haufen von Schrott und Müll, der eindeutig an Land und nicht auf Hoher See entsorgt werden muss.“²

Wunde im Völkerrecht

Für den Greenpeace-Anwalt Michael Günther signalisierte die Brent Spar eine Wende im Völkerrecht: „Hochrangige Rechtsgüter, wie der nachhaltige Schutz der Meeresumwelt, werden auch auf Hoher See künftig nicht mehr zur Disposition einzelner Staaten stehen (...). Das Völkergewohnheitsrecht entwickelt sich fort mit den Auffassungen der Völkerrechtssubjekte. Im Fall Brent Spar hatten sich eine Reihe von Regierungen die Auffassung von Greenpeace und der Greenpeace unterstützenden öffentlichen Meinung zu Eigen gemacht und die britischen Lizenzen zur Beseitigung der Plattform öffentlich beanstandet. Damit beginnt sich eine Rechtsauffassung durchzusetzen, der zufolge die Meere das gemeinsame Erbe der Menschheit sind. (...) Niemand, weder ein Staat noch ein Großkonzern, hat das Recht, sich darüber hinwegzusetzen.“³

Die Funktion, öffentliche Interessen zu repräsentieren, wird den NGOs sowohl von öffentlicher als auch von offizieller Seite zuerkannt, wie die Wissenschaftler Schmidt/Take darlegen. Parteien und Interessenverbände würden der Komplexität der politischen Themen und der Vielfalt der Interessenlagen nicht mehr gerecht. „Die Öffentlichkeit traut deshalb in steigendem Maße den ‚issue‘-orientierten NGOs zu, auf die neuen Probleme in angemessenerer Weise zu rea-

1) Jochen Vorfelder: Brent Spar oder die Zukunft der Meere, München 1995, S. 132.

2) Vorfelder, S.128f.

3) Michael Günther: Greenpeace und das Recht, in: Das Greenpeace-Buch, München 1996, S.70

gieren, was auch den Erfolg der Brent Spar-Kampagne von Greenpeace erklärt. Sie zeigte, dass weder multinationale Konzerne noch Minister beim Treffen weit reichender Entscheidungen intervenierende NGOs ignorieren können, wenn deren Kampagnen Rückhalt in der Öffentlichkeit finden. Shell sah sich, nach eigener Aussage, gezwungen, dem ‚internationalen Druck‘ (so der Vorsitzende von Shell Deutschland, Peter Duncan) nachzugeben, nachdem der Kampf um die öffentliche Meinung verloren war.“⁴

Anerkennung von Shell

Sogar Peter Duncan äußerte sich nur ein Jahr nach der Brent Spar-Kampagne sehr positiv über die Umweltschutzorganisation, die seinem Konzern so hart zugesetzt hatte: „Ich möchte Ihnen gerne meine Anerkennung dafür aussprechen, dass Sie fest hinter dem Prinzip von Gewaltfreiheit stehen (...), und ich schließe hierin auch den Idealismus und Mut vieler Ihrer Mitglieder ein.“⁵

Nach der Brent Spar-Kampagne kamen auch Fragen zur Legitimität solcher Aktionen auf. Greenpeace wurde die Legitimation abgesprochen, auf politische Instanzen und Wirtschaftsverbände Druck auszuüben. Darauf erwiderte die Wissenschaftlerin Marianne Beisheim: „Zentral ist dabei die Frage, ob eine NGO als Interessengruppe gegenüber anderen Interessengruppen einfach nur ihre Position durchsetzt oder ob sie eine kollektiv bindende Entscheidung getroffen hat. Am Beispiel des Brent Spar-Falles lässt sich dieser Unterschied gut verdeutlichen: Zwar hat Greenpeace gegenüber Shell das Ziel der Nicht-Versenkung erreicht, aber die entsprechende, von der Regierung von Großbritannien beschlossene Erlaubnis (also nicht das Gebot) für die Versenkung ist immer noch gültig, und Greenpeace kann auch keine äquivalente gegenteilige Entscheidung herbeiführen. Hier von einer ‚Deklassierung der

Staatsgewalt‘ zu sprechen, weil die ‚Dinge‘ an den gewählten und beauftragten Vertretern vorbeiliefen, läuft am realen Geschehen vorbei. Solange ihre Arbeit reine Interessenartikulation im Rahmen geltender Gesetze bleibt und solange sie keine gesamtgesellschaftlich verbindlichen Entscheidungen treffen (können), haben NGOs kein Legitimationsproblem.“⁶

Weiter argumentiert Beisheim: „Gerade im Umweltbereich kommt es durch Marktversagen zu externen Effekten wirtschaftlicher Tätigkeit, die oft nicht oder nur unzureichend durch staatliche Maßnahmen geregelt sind. NGOs erbringen hier (...) besondere Leistungen, indem sie auf diese Probleme aufmerksam machen und auf deren Regelung drängen oder auch Druck auf die Industrie ausüben, selbst Lösungen zu erarbeiten.(...) Gerade diese Leistungen und das spezifische Potenzial der NGOs an Unabhängigkeit, Flexibilität und Bürgernähe werden in der Diskussion oft als unverzichtbar dargestellt.“⁷

NGOs übernehmen Staatsaufgaben

Mit diesen Leistungen bei der Vorbereitung der Politikfindung steigern NGOs nach Meinung Beisheims ihre Legitimität. Auch der konservative Journalist Konrad Adam beschreibt, wie NGOs Staatsaufgaben übernehmen, weil Behörden oder Regierungen versagen: „Was Organisationen wie Amnesty International, Greenpeace, Ärzte ohne Grenzen oder der Worldwide Fund for Nature besorgen, der Einsatz für die Menschenrechte also und für die Rechte der Natur, sind klassische Staatsaufgaben; und wirklich greifen die Behörden ja auch gern auf die Sachkunde und das Ansehen der NGOs zurück, wenn sie sich ihrer Elementaraufgaben entsinnen und sich dazu herbeilassen, einen Vertrag zum Schutz von Mensch und Tier, von Feuer, Wasser, Luft und Erde zu schließen.“⁸

⁴) Hilmar Schmidt/Ingo Take, Demokratischer und besser? Der Beitrag von Nichtregierungsorganisationen zur Demokratisierung internationaler Politik und zur Lösung globaler Probleme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 43/97, 17.10.1997, S. 14f.

⁵) Greenpeace Magazin 3/96, S. 59

⁶) Marianne Beisheim, Nichtregierungsorganisationen und ihre Legitimität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B43/97, 17.10.1997, S. 21-29

⁷) Ebenda

⁸) Konrad Adam, Volkes Ohr und Volkes Stimme. Worauf gründet das Ansehen und der Einfluss der NGOs?, ohne Ort und Datum

In dasselbe Horn stößt die „Welt“: „Elementare Aufgaben wie die Verantwortung für Leib und Leben seiner Bürger überlässt er (der deutsche Staat, A.d.V.) Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International oder Greenpeace, (...). Wer es mit der Ökologie und dem Folterverbot ernst meint, hält sich schon längst nicht mehr an die Behörden. Er engagiert sich anderswo oder resigniert.“⁹

Wasser auf die Mühlen der Greenpeace-Kritiker war der Messfehler, der im Herbst 1995 die Medien beschäftigte. Bis zum 18. Juni hatte Greenpeace immer von 100 bzw. 130 Tonnen an Schadstoffen in der Brent Spar gesprochen. Durch eine fehlerhafte Messung von Greenpeace kam der Verdacht auf, in der Brent Spar befänden sich 5500 Tonnen Schadstoffe. Greenpeace veröffentlichte die Zahl, aber sie stellte sich als falsch heraus. Als Greenpeace dies entdeckte und sich dafür entschuldigte, hatte sich diese Angabe längst verselbständigt. Und so wurde Greenpeace im Herbst 1995 immer wieder der Vorwurf gemacht, die Kampagne auf dieser falschen Zahl aufgebaut zu haben. Der Messfehler hat Greenpeace geschadet, da das höchste Gut der Umweltorganisation die Glaubwürdigkeit ist. Aber alle Vorwürfe, man habe in Sachen Brent Spar die Öffentlichkeit bewusst getäuscht, sind falsch.

Greenpeace ist trotz allem die Organisation mit den höchsten Werten an Glaubwürdigkeit geblieben. Das belegen Umfragen, die seit Jahren für NGOs und speziell Greenpeace extrem positive Werte verzeichnen. Eine Umfrage der Edelman PR Group in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und den USA hat im Januar 2002 ergeben, dass die Glaubwürdigkeit von Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace und Amnesty International nach wie vor groß ist, in Europa liegt sie weit über der von Regierungen und Unternehmen.¹⁰ Und in einer repräsentativen Umfrage von April 2003 liegt Greenpeace zusammen mit ADAC und

der Polizei auf der Liste der vertrauenswürdigen Institutionen ganz oben.¹¹

Dietrich Thränhardt sieht die hohen Prestigewerte darin begründet, dass „Greenpeace mit seinen Aktionen optimal zwei Bedürfnissen entgegen[kommt](...): der Sehnsucht nach Heroismus und nach Reinheit. Greenpeace verwirklicht in symbolischer direkter Aktion Prinzipien, die in der Politik meist nur schrittweise durchgesetzt werden können, was einen halbherzigen und wenig glaubwürdigen Eindruck macht.“¹²

In ihrem Fazit urteilt Beisheim abschließend: „All diesen Argumenten gemeinsam ist die Erkenntnis, dass NGOs Leistungen erbringen, die Staaten allein offenbar nicht erzielen. (...) Die von den NGOs erbrachten Leistungen [können] dabei sowohl ihre eigene Legitimität als auch die Legitimität nationaler oder internationaler Politik stärken.“¹³



⁹) Die Welt, 29. 9. 01., Den eignen Bürger untergräbt der Staat.

¹⁰) vgl. http://www.zeit.de/2002/08/Politik/print_200208_globalisierung.html Politik 08/2002

¹¹) Umfrage McKinsey, Stern April 2003

¹²) Dietrich Thränhardt, Globale Probleme, globale Normen, neue globale Akteure, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), 33. Jg., 1992, Heft 2, S. 229.

¹³) Marianne Beisheim, Nichtregierungsorganisationen und ihre Legitimität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B43/97, 17.10.1997, S. 29



April 1995: Erste Besetzung der Brent Spar durch Greenpeacer.

Glaubwürdigkeit – das wichtigste Kapital einer NGO

Dr. Manfred Redelfs, Leiter der Recherche-Abteilung von Greenpeace.

Bei Umfragen zur Glaubwürdigkeit verschiedener Organisationen und Institutionen zeigt sich immer wieder das große Vertrauen, das Nichtregierungsorganisationen (NGOs) entgegengebracht wird. Greenpeace belegt dabei regelmäßig einen Spitzenplatz. Dieser Vertrauensbonus kam der Organisation auch bei der Brent Spar-Kampagne 1995 zugute, die dazu führte, dass der Ölkonzern Shell seinen Plan aufgab, die ausgediente Ölverlade-Plattform im Nordost-Atlantik zu versenken.

Doch Greenpeace unterlief ein Fehler, der die Frage aufwirft, welche Konsequenzen er für die Bewertung der Glaubwürdigkeit hat: Gegen Ende der Kampagne veröffentlichte die Organisation eine fehlerhafte Hochrechnung zur Restmenge an Ölschlämmen. Statt der bis dahin genannten 130 Tonnen Ölschlämme wurden 5500 Tonnen in den Tanks der Brent Spar vermutet. Der Fehler betrifft nicht nur die Glaubwürdigkeit in diesem Einzelfall, er

liefert einen zwingenden Anlass, die Kampagnenkommunikation insgesamt daraufhin zu untersuchen, welche Risiken sie für die Glaubwürdigkeit von Greenpeace mit sich bringt.

Betrachtet man zunächst die Ausgangsbedingungen für eine Greenpeace-Kampagne, so gibt es mehrere Gründe, warum NGOs im Regelfall einen Glaubwürdigkeitsvorsprung vor Parteien oder Industrievertretern haben:

- Weil NGOs sich für öffentliche Güter wie den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen oder für humanitäre Ziele, kann man ihnen schwerlich einen Eigennutz unterstellen. Organisationen wie Greenpeace nimmt die Öffentlichkeit eher ab, dass sie sich wirklich „für die Sache“ engagieren.
- Im Unterschied zu Parteien, die nach durchsetzungsfähigen Mehrheiten suchen und Interessen bündeln müssen, brauchen NGOs nicht ständig Kompromisse einzugehen. Sie können ihre Anliegen geradliniger vertreten und muten ihren Unterstützern deshalb weniger Enttäuschungen zu.
- Durch ihre inhaltliche Spezialisierung können NGOs ein großes Fachwissen in

ihrem Teilgebiet erwerben. Sie müssen im Unterschied zu Parteien nicht auf jedes gesellschaftliche Thema reagieren. Ihre Fachkompetenz erhöht die Glaubwürdigkeit.

- Während Politiker immer auf den nächsten Wahltermin schauen müssen und sich an kurzfristigen Zielen orientieren, arbeiten NGOs im Regelfall mit langfristiger Perspektive. Diese Hartnäckigkeit wird von den Unterstützern honoriert.

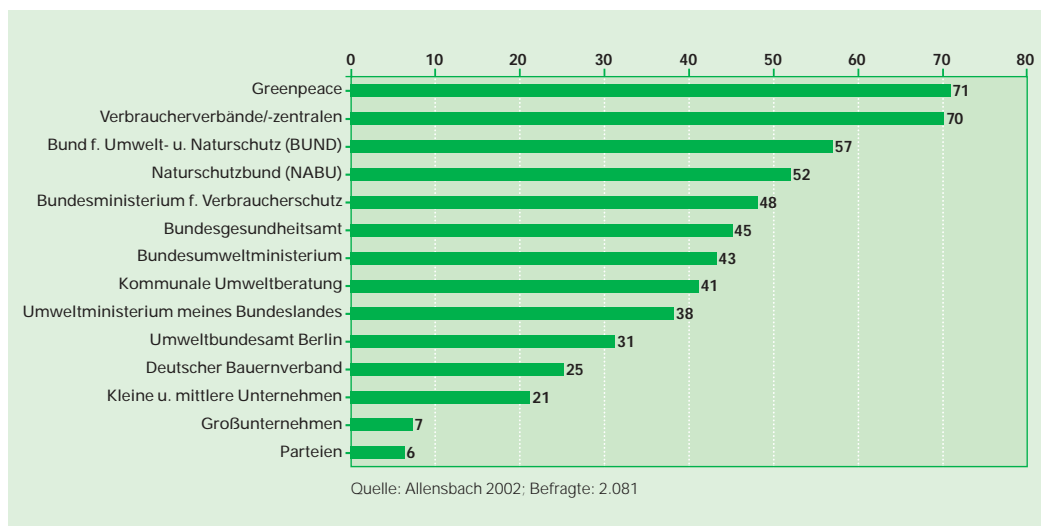
Während diese Faktoren auf alle NGOs zutreffen, gibt es bei Greenpeace noch einige spezielle Faktoren, die die Glaubwürdigkeit stärken. Das wird anhand von Umfragen deutlich, die mehrere NGOs einbeziehen, so wie es das Allensbach-Institut im Herbst 2002 bei einer Umfrage zum Umweltschutz gemacht hat.¹ Das konservative Institut ist dabei einer besonderen Greenpeace-Sympathie sicherlich unverdächtig. Die Tabelle zeigt die Ergebnisse dieser Befragung von insgesamt 2081 Bundesbürgern über 16 Jahre.

Wie ist dieser Vertrauensbonus für Greenpeace zu erklären? Die Ablehnung, die eine Regelverletzung bei einem Teil der deutschen Öffentlichkeit hervorruft, wird offenbar

mehr als aufgewogen durch die Anerkennung, die mit dem persönlichen Risiko der Aktivisten einhergeht. Die Bevölkerung honoriert also, dass die politischen Forderungen von Greenpeace keine Rhetorik sind, sondern durch persönliches Handeln untermauert werden. Die Glaubwürdigkeit resultiert somit aus der für jeden offensichtlichen Einheit von Reden und Handeln.

Da Greenpeace die direkte Aktion gewählt hat, um auf umweltpolitische Missstände aufmerksam zu machen, lehnt sich das Politikmodell der Organisation wesentlich näher an den persönlichen Erfahrungsbereich der Bürger an als dies normalerweise in der Politik der Fall ist. Die Erfahrung, dass inhaltliche Ziele und Taten zusammengehören, wird durch die Aktionen fortlaufend in Erinnerung gerufen. Diese „Verlässlichkeit“ der Greenpeace-Strategie, die in dem Organisationslogan „Taten statt Warten“ auf den Punkt gebracht wird, folgt dem Glaubwürdigkeitsmerkmal der Kohärenz: Vertrauen stellt sich ein durch eine ständig wiederholte Erfahrung – in diesem Fall, dass die Aktivisten unter persönlich riskantem Einsatz ein öffentliches Gut verteidigen (Gesundheit, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen).

Vertrauen in Institutionen im Umweltbereich



¹) Allensbach-Umfrage dokumentiert in: Klaus Schweinsberg und Markus Kamrad: Umweltschutz: Kein Vertrauen in Unternehmer. In: Impulse, März 2003, Seite 35 – 38.



Schutzgut in der Nordsee über und unter Wasser: **1** Seevögel, **2** Seestern auf Koralle, **3** Robben, **4** Korallenriff mit rotem Seetang.

Ein weiterer Faktor ist in diesem Zusammenhang das oft zitierte David-gegen-Goliath-Schema: Aktivisten, die freiwillig einen starken Gegner herausfordern, gehen offensichtlich nicht den Weg des geringsten Widerstandes, sondern nehmen erstens ein Risiko in Kauf und müssen zweitens von der Lauterkeit ihrer Ziele absolut überzeugt sein. Der moralische Anspruch, mit dem Greenpeace sich für den Schutz öffentlicher Güter einsetzt, bietet überdies ideale Identifikationsmöglichkeiten für die Teile der Öffentlichkeit, die das inhaltliche Anliegen wichtig finden, aber selbst nicht aktiv werden können und daher das „Stellvertreterhandeln“ durch Greenpeace begrüßen.

All diese Faktoren, die zur Glaubwürdigkeit von Greenpeace beitragen, haben allerdings eine ebenso simple wie zentrale Grundvoraussetzung: dass der Wahrheitsgehalt zentraler Argumentationen, auf denen eine Kampagne basiert, nicht erschüttert werden kann. Was sich selbstverständlich anhört, ist weit aus komplexer, als man zunächst denkt, denn bei etlichen Themen aus der Umweltdebatte gibt es widerstreitende Wahrheitsbehauptungen – je nachdem, welche Experten zu Rate gezogen und welche Risiken als tragbar oder als zu weitgehend bewertet werden. Hinzu kommt, dass Greenpeace mit dem Mittel der Kampagnenpolitik arbeitet und deshalb eine gewisse Zuspitzung der eigenen Argumentation braucht. Chancen und Risiken einer solchen Politikstrategie werden im Fall der Brent Spar-Kampagne besonders deutlich.

Glaubwürdigkeit im Fall Brent Spar

Bei der Brent Spar-Kampagne hat Greenpeace von Anfang an diese Plattform als Präzedenzfall für alle im Nordost-Atlantik anstehenden Versenkungen angesehen. Es ging also bei



der Besetzung um Grundsatzfragen: Erstens darum, dass ein allgemeines Versenkungsverbot gefordert wurde, über die Frage hinaus, welchen ökologischen Schaden die Versenkung dieser einen Plattform anrichten würde. Zweitens ging es um das Prinzip, dass es als nicht tragbar hingenommen werden konnte, dass ein Ölkonzern aus ökonomischen Gründen das Recht erhalten sollte, ein mit Schadstoffen belastetes Industrieobjekt zu versenken, während Privatpersonen zu Recht in die Pflicht genommen werden, ihren Müll umweltschonend zu entsorgen.

So geeignet sich das Instrument der Kampagne auch erwies, das Thema Brent Spar bekannt zu machen, ist es der Organisation offensichtlich nur mit Abstrichen gelungen, den Symbolcharakter der Plattformbesetzung zu vermitteln. Das dahinter liegende Ziel eines generellen Versenkungsverbots wurde zwar durch die folgenden politischen Weichenstellungen der OSPAR-Konferenz erreicht.² Es ist der Öffentlichkeit aber wesentlich weniger präsent als die dramatischen Bilder von der Plattformbesetzung. Diese verkürzte Wahrnehmung der Greenpeace-Ziele stellt sich im Zusammenhang mit der falschen Hochrechnung von Ölschlamm in den Tanks der Brent Spar als großes Glaubwürdigkeitsrisiko heraus. Nicht die Grundsatzargumentation von Greenpeace zum Schutz der Meere prägte sich ein, sondern das Sym-

²⁾ An der zwischenstaatlichen Oskar-Kommission (Oslo-Paris-Kommission) sind 15 Länder beteiligt. Die Kommission trifft auf Regierungsebene Vereinbarungen zum Schutz der Küsten und Gewässer des Nordost-Atlantiks, einschließlich der Nordsee. 1998 beschloss sie in Sintra/Portugal ein Versenkungsverbot für Plattformen.

bol Brent Spar. Damit wurde auch die Glaubwürdigkeitsfrage nicht so sehr am richtigen Grundsatz, sondern an Details rund um die Brent Spar festgemacht. Ein Fehler im Detail konnte somit zum Glaubwürdigkeitsrisiko für die ganze Organisation werden.

In der Argumentation von Greenpeace gegen die Versenkung hatte von Beginn der Kampagne am 30. April 1995 an die Menge der Schadstoffe auf der Brent Spar nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Zahlen, die Greenpeace dazu veröffentlichte (100 bis 130

war die Probenahme tatsächlich nicht so weit vorgedrungen und hatte nur Material aus einem Lüftungsrohr des Tanks geliefert. Der so genannte Messfehler am Ende der Brent Spar-Kampagne beruhte also auf einem fehlerbehafteten und nicht weiter überprüften Laborergebnis.

Die Zahl von 5500 Tonnen wurde von den Medien kaum aufgegriffen. Für den Verlauf der Kampagne spielte sie deshalb, vielmehr aber wegen des späten Zeitpunkts der Veröffentlichung, gar keine Rolle (vgl. ausführlicher Brent Spar als Geschichte und Gegenwart – Zur sozialen Brisanz der Auseinandersetzung). Als sich bei Greenpeace später die Einsicht durchsetzte, dass die Hochrechnung falsch war, entschuldigte sich die Organisation bei Shell für die Verbreitung der falschen Berechnung. Erst dann, Anfang September 1995, erhielt die Mengenangabe eine grundsätzliche Bedeutung: In der Rückschau setzte sich die Einschätzung durch, Greenpeace habe die gesamte Kampagne auf falschen Zahlen aufgebaut und so die Öffentlichkeit getäuscht.



3

Tonnen), stammten aus Unterlagen der Shell. Eine Presseerklärung, die diese Linie verließ und in der erstmals von 5500 Tonnen Öl die Rede war, verbreitete das britische Greenpeace-Büro am 16. Juni. Greenpeace Deutschland schloss sich am 18. Juni – zwei Tage vor der Entscheidung von Shell, die Versenkungspläne aufzugeben – mit einer zurückhaltend formulierten Presseerklärung an, in der es u.a. hieß: „Die inzwischen vom Labor der Universität Exeter ausgewerteten Proben und Mengenhochrechnungen stützen trotz der wissenschaftlich nicht exakt gesicherten Beprobungstechnik die Aussage, dass sich an Bord der Plattform noch 5500 Tonnen Öl und Ölrückstände befinden könnten.“ Diese Mengenangabe basierte auf einer Hochrechnung des Labors, das eine improvisierte Probenahme durch Greenpeace-Aktivisten ausgewertet hatte. Während das Labor seiner Berechnung zugrunde legte, dass es sich um Proben aus einem Tank der Brent Spar gehandelt habe,



4

Diese Erfahrung zeigt deutlich die Grenzen von Kampagnenpolitik: Indem Greenpeace sich in seinen Aktionen auf plakative Einzelfälle bezieht, die ein größeres Problem illustrieren, wird in Kauf genommen, dass nur wenige Fachpublikationen und Qualitätsmedien den gesamten Zusammenhang darstellen, während die breite Masse sich auf das konkrete Beispiel bezieht. An diesem Einzelfall muss dann allerdings jedes Detail stimmen. Ein Fehler stellt in der Rückschau gleich die Glaubwürdigkeit insgesamt in Frage.

Wer wie Greenpeace in sehr konfrontativer und kämpferischer Form Vorwürfe erhebt, muss damit leben können, dass auch die Gegenseite jeden Fehler nutzen wird. Die politische Arbeit mit dem Mittel der Kampagne erfordert deshalb bei aller Zuspitzung eine besondere Sorgfalt im Umgang mit den Fakten. In dieser Hinsicht ist die falsche Hochrechnung zu den Ölschlämmen ein Kardinalfehler, der auf keinen Fall passieren durfte.

Greenpeace hilft bei der Schadensbeseitigung nach Umweltkatastrophen und liefert langfristige Lösungsvorschläge.



Konsequenzen des „Messfehlers“

Bis heute wirkt das Menetekel des so genannten Messfehlers vor allem im Kontakt mit Journalisten fort, denn viele erinnern sich in eher diffuser Weise daran, „dass bei der Brent Spar-Kampagne doch nicht alles stimmte, was Greenpeace behauptet hat“. Weil die Organisation es zunächst versäumte, die Dar-



stellung richtig zu stellen, die gesamte Kampagne sei auf falschen Zahlen aufgebaut gewesen, hat diese Version außerdem mittlerweile ihren Eingang in etliche Pressearchive und Buchveröffentlichungen gefunden. Sie reproduziert sich deshalb zu einem gewissen Grad selbst, sobald ein Journalist nachschlägt, was denn 1995 geschehen ist. Es ist somit davon auszugehen, dass Greenpeace noch Jahre damit zu tun haben wird, die Glaubwürdigkeitsverluste bei Medienvertretern wieder auszugleichen.

Anders verhält es sich übrigens mit der allgemeinen Öffentlichkeit. Entgegen der landläufigen Meinung hat Greenpeace durch die Brent Spar-Kampagne keine gravierende Veränderung bei den Spendeneinnahmen erfahren und auch keinen nachhaltigen Imageschaden erlitten. Die Spendeneinnahmen von Greenpeace Deutschland, dem bei der Brent Spar-Kampagne federführenden nationalen Büro, stiegen von 71,2 Millionen Mark im Jahr 1994 auf 72,7 Millionen im Jahr 1995, um schließlich 1996 auf 69,6 Millionen Mark zurückzugehen. Sie bewegen sich seitdem



trotz der wirtschaftlichen Krise in Deutschland auf einem in etwa gleichbleibenden Niveau, wobei 2004 mit rund 40 Millionen Euro der bisher höchste Wert erreicht wurde.

Breite Unterstützung und gutes Image für Greenpeace

Nach wie vor unterstützen in der Bundesrepublik jedes Jahr über eine halbe Million Menschen Greenpeace durch eine Spende. Im Jahr 2004 wurde mit 547.000 Förderern ein neuer Rekord erzielt. Das Imageprofil von Greenpeace wird in regelmäßigen Abständen durch eine repräsentative Bevölkerungsumfrage erforscht, die Emnid vergleichend für alle größeren Spendenorganisationen in Deutschland durchführt. Dabei erzielt Greenpeace über die Jahre weitgehend gleichbleibend hohe Werte bei den Merkmalen „Wirkung“, „Kompetenz“ und „Professionalität“, die vor den anderen Umweltverbänden liegen und hinter „Ärzte ohne Grenzen“ oder den SOS-Kinderdörfern, also Spendenorganisationen, die weitaus weniger polarisieren, als Greenpeace es tut.

Die Tatsache, dass der Brent Spar-Fehler nicht zu einem Vertrauensverlust in der Gesamtbevölkerung geführt hat, kann allerdings kein Grund sein, mit dieser Panne leichtfertig umzugehen. So hat Greenpeace als eine der Konsequenzen die Recherche-Abteilung erheblich ausgebaut und professionalisiert. Das geschärfte Bewusstsein, dass die Glaubwürdigkeit das zentrale Kapital der NGOs ist, hat zu besseren Routinen der internen Qualitätskontrolle geführt, die sich z.B. in kodifizierten Regeln niederschlagen, wie Proben zu nehmen sind, oder in der Vorgabe, dass zwei Labore unabhängig voneinander Mess- und Analyseergebnisse überprüfen, bevor Messdaten veröffentlicht werden dürfen. Der Schock, den die falschen Messergebnisse auch organisationsintern ausgelöst haben, hatte also eine positive Wirkung, weil seitdem die eigenen Professionalitätsansprüche klarer formuliert wurden und deren Einhaltung strenger kontrolliert wird.

Offshore-Windanlagen statt Ölförderplattformen sind eine wesentlich umwelt- und klimafreundlichere Art der Energiegewinnung. Greenpeace kämpft für den Meeresschutz weltweit! Nur eine ökologisch nachhaltige und sozial verantwortliche Nutzung mit einem Netzwerk von Meeresschutzgebieten kann die Ozeane retten.

Greenpeace und das Meer – seit seinen Anfängen setzt sich Greenpeace weltweit für den Schutz der Ozeane ein. Mit direkten Aktionen auf See und beharrlichen Kampagnen gelang es, wesentliche Erfolge zu erreichen. Doch keine Kampagne erregte so viel Aufsehen und mobilisierte so viele Menschen wie der Protest gegen die Versenkung der ausgedienten Plattform Brent Spar im Jahr 1995. Der weitreichende politische Durchbruch kam wie bei früheren Kampagnen allerdings erst Jahre später – seit 1998 gilt ein Versenkungsverbot für die heute etwa 540 Plattformen im Nordost-Atlantik und der Nordsee. Die Brent Spar-Kampagne war ein Höhepunkt der internationalen Umweltbewegung und schuf ein Bewusstsein dafür, dass die Industrie Verantwortung zu übernehmen hat. Aber die Nordsee ist weiterhin in der Krise – sie ist ein Industriegebiet. Höchste Zeit für großflächige Schutzgebiete: Der Einsatz von Greenpeace für den Schutz der Meere geht weiter.